

Liechtensteinisches Landesgesetzblatt

Jahrgang 2024

Nr. 239

ausgegeben am 11. Juni 2024

Verordnung

vom 11. Juni 2024

über Massnahmen gegenüber bestimmten Personen und Organisationen im Zusammenhang mit der Situation in der Russischen Föderation

Aufgrund von Art. 2 des Gesetzes vom 10. Dezember 2008 über die Durchsetzung internationaler Sanktionen (ISG), LGBl. 2009 Nr. 41, und unter Einbezug des Beschlusses (GASP) 2024/1484 des Rates der Europäischen Union vom 27. Mai 2024 verordnet die Regierung:

I. Allgemeine Bestimmungen

Art. 1

Begriffsbestimmungen und Bezeichnungen

- 1) In dieser Verordnung bedeuten:
- a) Gelder: finanzielle Vermögenswerte, einschliesslich Bargeld, Schecks, Geldforderungen, Wechsel, Geldanweisungen oder andere Zahlungsmittel, Guthaben, Schulden und Schuldverpflichtungen, Wertpapiere und Schuldtitel, Wertpapierzertifikate, Obligationen, Schuldscheine, Optionsscheine, Pfandbriefe, Derivate; Zinserträge, Dividenden oder andere Einkünfte oder Wertzuwächse aus Vermögenswerten; Kredite, Rechte auf Verrechnung, Bürgschaften, Vertragserfüllungsgarantien oder andere finanzielle Zusagen; Akkreditive, Konnossemente, Sicherungsübereignungen, Dokumente zur Verbriefung von Anteilen an

Fondsvermögen oder anderen Finanzressourcen und jedes andere Finanzierungsinstrument für Exporte;

- b) Sperrung von Geldern: die Verhinderung jeder Handlung, welche die Verwaltung oder die Nutzung der Gelder ermöglicht, mit Ausnahme von normalen Verwaltungshandlungen von Banken und Wertpapierfirmen;
- c) wirtschaftliche Ressourcen: Vermögenswerte jeder Art, unabhängig davon, ob sie materiell oder immateriell, beweglich oder unbeweglich sind, insbesondere Immobilien und Luxusgüter, mit Ausnahme von Geldern nach Bst. a);
- d) Sperrung wirtschaftlicher Ressourcen: die Verhinderung der Verwendung wirtschaftlicher Ressourcen zum Erwerb von Geldern, Waren oder Dienstleistungen, einschliesslich des Verkaufs, des Vermietens oder des Verpfändens solcher Ressourcen.

2) Unter den in dieser Verordnung verwendeten Personenbezeichnungen sind alle Personen unabhängig ihres Geschlechts zu verstehen, sofern sich die Personenbezeichnungen nicht ausdrücklich auf ein bestimmtes Geschlecht beziehen.

II. Zwangsmassnahmen

Art. 2

Sperrung von Geldern und wirtschaftlichen Ressourcen

1) Gesperrt sind Gelder und wirtschaftliche Ressourcen, die sich im Eigentum oder unter direkter oder indirekter Kontrolle befinden von:

- a) im Anhang aufgeführten natürlichen Personen, Unternehmen und Organisationen;
- b) natürlichen Personen, Unternehmen und Organisationen, die im Namen oder auf Anweisung der natürlichen Personen, Unternehmen und Organisationen nach Bst. a handeln;
- c) Unternehmen und Organisationen, die sich im Eigentum oder unter Kontrolle der natürlichen Personen, Unternehmen und Organisationen nach Bst. a oder b befinden.

2) Es ist verboten, den von der Sperrung nach Abs. 1 betroffenen natürlichen Personen, Unternehmen und Organisationen Gelder zu überweisen

oder Gelder und wirtschaftliche Ressourcen direkt oder indirekt zur Verfügung zu stellen.

3) Sofern die gutgeschriebenen Beträge ebenfalls gesperrt werden, gilt das Verbot nach Abs. 2 nicht für die Gutschrift auf gesperrte Konten von:¹

- a) Zinsen und sonstigen Erträgen dieser Konten;
- b) Zahlungen aufgrund von bestehenden Verträgen;
- c) Zahlungen aufgrund von schiedsgerichtlichen Entscheidungen oder von in dem Europäischen Wirtschaftsraum, der Schweiz oder dem Vereinigten Königreich ergangenen oder darin vollstreckbaren gerichtlichen oder behördlichen Entscheidungen.

4) Gelder, die von Dritten an natürliche Personen, Unternehmen oder Organisationen nach Abs. 1 überwiesen werden, dürfen gesperrten Konten gutgeschrieben werden, sofern die auf diesen Konten gutgeschriebenen Beträge ebenfalls gesperrt werden.²

5) Die Regierung kann Zahlungen aus gesperrten Konten, Übertragungen gesperrter Vermögenswerte und die Freigabe gesperrter wirtschaftlicher Ressourcen ausnahmsweise bewilligen zur:³

- a) Erfüllung bestehender Verträge;
- b) Erfüllung von Forderungen, die Gegenstand sind:
 - 1. einer bestehenden Entscheidung eines Schiedsgerichts; oder
 - 2. einer Entscheidung einer Verwaltungsstelle oder eines Gerichts, welche in einem EWRA-Vertragsstaat, der Schweiz oder dem Vereinigten Königreich ergangen oder vollstreckbar ist.

6) Sie kann die Freigabe bestimmter gesperrter Gelder oder wirtschaftlicher Ressourcen oder das Zurverfügungstellen bestimmter Gelder oder wirtschaftlicher Ressourcen an eine natürliche Person, ein Unternehmen oder eine Organisation nach Abs. 1 ausnahmsweise bewilligen zur:⁴

- a) Vermeidung von Härtefällen;
- b) Durchführung humanitärer Aktivitäten oder anderer Tätigkeiten, sofern die Aktivitäten oder Tätigkeiten zur Deckung menschlicher Grundbedürfnisse erforderlich sind;
- c) Bezahlung angemessener Honorare und Erstattung von Kosten im Zusammenhang mit der Erbringung juristischer Dienstleistungen;
- d) Bezahlung von Gebühren oder Dienstleistungskosten für die routinemässige Verwahrung oder Verwaltung gesperrter Gelder oder wirtschaftlicher Ressourcen;

e) Erfüllung amtlicher Tätigkeiten diplomatischer oder konsularischer Vertretungen oder internationaler Organisationen, die nach dem Völkerrecht Immunität genießen;

f) Bereitstellung:

1. von elektronischen Kommunikationsdiensten in der Russischen Föderation, in der Ukraine oder in einem EWRA-Vertragsstaat oder zwischen der Russischen Föderation und einem EWRA-Vertragsstaat oder zwischen der Ukraine und einem EWRA-Vertragsstaat durch einen Anbieter mit Sitz in einem EWRA-Vertragsstaat;
2. der für den Betrieb, die Wartung und die Sicherheit von elektronischen Kommunikationsdiensten nach Ziff. 1 erforderlichen zugehörigen Einrichtungen und Dienste;
3. von Rechenzentrumsdiensten in EWRA-Vertragsstaaten;

g) Wahrung liechtensteinischer Interessen.

7) Sie kann die Freigabe bestimmter gesperrter Gelder oder wirtschaftlicher Ressourcen oder das Zurverfügungstellen bestimmter Gelder oder wirtschaftlicher Ressourcen an eine natürliche oder juristische Person, ein Unternehmen oder eine Organisation nach Abs. 1 ausnahmsweise bewilligen, damit Eigentumsrechte an in den EWRA-Vertragsstaaten niedergelassene juristische Personen, Unternehmen oder Organisationen bis zum 10. September 2024 oder, falls dies der spätere Zeitpunkt ist, bis sechs Monate nach der Aufnahme der Person, des Unternehmens oder der Organisation in den Anhang verkauft oder übertragen werden können, sofern:⁵

a) diese Eigentumsrechte sich unmittelbar oder mittelbar im Besitz einer natürlichen oder juristischen Person, eines Unternehmens oder einer Organisation nach dem Anhang befinden; und

b) die Erlöse aus dem Verkauf oder der Übertragung gesperrt bleiben.

8) Gesuche um Ausnahmegewilligungen sind bei der Stabsstelle FIU einzureichen.⁶

Art. 3

Ein- und Durchreiseverbot

1) Die Einreise nach Liechtenstein oder die Durchreise durch Liechtenstein ist den im Anhang aufgeführten natürlichen Personen verboten.

2) Die Regierung kann Ausnahmen gewähren:

a) aus erwiesenen humanitären Gründen;

- b) zwecks Teilnahme an Tagungen internationaler Gremien, an internationalen Konferenzen oder an einem politischen Dialog betreffend die Unterstützung der Rechtsstaatlichkeit, Demokratie, Stabilität und Menschenrechte in der Russischen Föderation;
 - c) wenn die Ein- oder Durchreise zur Durchführung eines Gerichtsverfahrens erforderlich ist; oder
 - d) zur Wahrung liechtensteinischer Interessen.
- 3) Gesuche um Ausnahmegewilligungen sind beim Ausländer- und Passamt einzureichen.

Art. 4

Verbot der Erfüllung bestimmter Forderungen

1) Es ist verboten, Forderungen zu erfüllen, wenn sie auf einen Vertrag oder ein Geschäft zurückzuführen sind, dessen Durchführung durch Massnahmen nach dieser Verordnung direkt oder indirekt verhindert oder beeinträchtigt wurde; dieses Verbot gilt für Forderungen von:

- a) im Anhang aufgeführten Personen, Unternehmen und Organisationen;
- b) natürlichen Personen, Unternehmen und Organisationen, die im Namen oder auf Anweisung von natürlichen Personen, Unternehmen oder Organisationen nach Bst. a handeln.

2) In Verfahren zur Durchsetzung einer Forderung trägt die natürliche Person, das Unternehmen oder die Organisation, die den Anspruch geltend macht, die Beweislast dafür, dass die Erfüllung des Anspruchs nicht nach Abs. 1 verboten ist.⁷

III. Vollzug und Strafbestimmungen

Art. 5

Kontrolle und Vollzug

1) Die Stabsstelle FIU überwacht den Vollzug der Zwangsmassnahmen nach Art. 2 und 4. Sie prüft insbesondere die Gesuche um Ausnahmegewilligungen und leitet sie - erforderlichenfalls nach Konsultation weiterer betroffener Stellen - mit ihrer Empfehlung an die Regierung weiter.

2) Das Ausländer- und Passamt überwacht den Vollzug des Ein- und Durchreiseverbots nach Art. 3. Es prüft insbesondere die Gesuche um Aus-

nahmebewilligungen und leitet sie - erforderlichenfalls nach Konsultation weiterer betroffener Stellen - mit seiner Empfehlung an die Regierung weiter.

3) Die zuständigen liechtensteinischen Behörden ergreifen die für die Sperrung wirtschaftlicher Ressourcen notwendigen Massnahmen, zum Beispiel die Anmerkung einer Verfügungssperre im Grundbuch oder die Pfändung oder Versiegelung von Luxusgütern.

Art. 6^s

Meldepflichten

1) Personen und Organisationen, die Gelder halten oder verwalten oder von Geldern oder wirtschaftlichen Ressourcen wissen, von denen anzunehmen ist, dass sie unter die Sperrung nach Art. 2 Abs. 1 fallen, müssen dies der Stabsstelle FIU unverzüglich melden.

2) Banken und Wertpapierfirmen, die der Stabsstelle FIU nach Abs. 1 von ihnen gehaltene oder verwaltete Gelder gemeldet haben, müssen der Stabsstelle FIU jährlich bis zum 15. Februar die Beträge per 31. Dezember des Vorjahres übermitteln.

3) Gutschriften nach Art. 2 Abs. 4 müssen der Stabsstelle FIU unverzüglich gemeldet werden.

4) Die Meldungen müssen die Namen der Begünstigten, Gegenstand und Wert der gesperrten Gelder und wirtschaftlichen Ressourcen sowie bei Gutschriften die Namen der Aussteller enthalten.

Art. 7

Strafbestimmungen

- 1) Wer gegen Art. 2, 3 oder 4 verstösst, wird nach Art. 10 ISG bestraft.
- 2) Wer gegen Art. 6 verstösst, wird nach Art. 11 ISG bestraft.

IV. Schlussbestimmung

Art. 8

Inkrafttreten

Diese Verordnung tritt am Tag der Kundmachung in Kraft.

Fürstliche Regierung:
gez. *Sabine Monauni*
Regierungschef-Stellvertreterin

Anhang⁹

(Art. 2 Abs. 1 und 7, Art. 3 Abs. 1 und Art. 4)

Natürliche Personen, Unternehmen und Organisationen, gegen die sich die Massnahmen nach Art. 2 bis 4 richten**A. Natürliche Personen**

	Name	Angaben zur Identität	Begründung
1.	Nikolai Pavlovich DUBOVIK	Position: Richter am Obersten Gerichtshof der Russischen Föderation Staatsangehörigkeit: russisch Geschlecht: männlich Geburtsdatum: 23.4.1956	Nikolai Pavlovich Dubovik ist Richter am Obersten Gerichtshof der Russischen Föderation. In dieser Funktion hat er die Kassationsbeschwerde von Alexej Nawalny gegen das Urteil in der Rechtssache ‚Verleumdung eines Veteranen‘ abgelehnt. Hiermit hat er Alexej Nawalny vor dem im Jahr 2020 in Russland abgehaltenen Verfassungsreferendum politisch diskreditiert. Daher ist Nikolay Pavlovich Dubovik verantwortlich für schwere Menschenrechtsverletzungen in Russland, indem er das Recht auf Meinungsfreiheit und freie Meinungsäußerung verletzt hat.
2.	Eduard Borisovich ERDYNIEV	Position: Richter am Obersten Gerichtshof der Russischen Föderation Staatsangehörigkeit: russisch Geschlecht: männlich Geburtsdatum: 16.3.1964	Eduard Borisovich Erdyniev ist Richter am Obersten Gerichtshof der Russischen Föderation. In dieser Funktion hat er die Prüfung der Kassationsbeschwerde von Alexej Nawalny gegen die Entscheidung, die Bewährungsstrafe in eine vollwertige Strafe umzuwandeln, abgelehnt. Infolgedessen wurde Alexej Nawalny schuldig gesprochen und Jahre später in einer Hochsicherheits-Strafkolonie inhaftiert, um ihn an der Ausübung politischer Tätigkeiten zu hindern.

			Daher ist Eduard Borisovich Erdyniev verantwortlich für schwere Menschenrechtsverletzungen in Russland, indem er das Recht auf Meinungsfreiheit und freie Meinungsäußerung verletzt hat.
3.	Andrey Vladimirovich FEDOROV	Position: Stellvertretender Vorsitzender des Bezirksgerichts Kirowski von Tomsk Richter am Bezirksgericht Kirowski, Stadt Tomsk Staatsangehörigkeit: russisch Geschlecht: männlich	Andrey Vladimirovich Fedorov ist ein russischer Richter am Bezirksgericht Kirowski der Stadt Tomsk. In dieser Funktion wies er die Beschwerde über die Untätigkeit von Beamten des Ermittlungskomitees der Russischen Föderation des Gebiets Tomsk im Zusammenhang mit der Vergiftung von Alexej Nawalny zurück. Seine Entscheidung hat zur Inhaftierung von Alexej Nawalny geführt. Er wurde zum stellvertretenden Vorsitzenden des Bezirksgerichts Kirowski von Tomsk befördert. Daher ist Andrey Vladimirovich Fedorov für Handlungen verantwortlich, die die Rechtsstaatlichkeit in Russland ernsthaft untergraben.
4.	Ekaterina Vasilevna FEDOTOVA (NAUMOVA)	Position: Vertreterin des Ministeriums für innere Angelegenheiten Russlands für die Stadt Chimki im Gebiet Moskau Geburtsdatum: 6.11.1995 Staatsangehörigkeit: russisch Geschlecht: weiblich	Ekaterina Vasilevna Fedotova (Naumova) ist in der Vertretung des Innenministeriums Russlands für die Stadt Chimki im Gebiet Moskau tätig. In dieser Funktion hat sie an der in einer Polizeidienststelle veranstalteten Gerichtssitzung vom 18. Januar 2021 teilgenommen und die Verlängerung der rechtswidrigen Inhaftierung von Alexej Nawalny um 30 Tage gefordert. Daher ist Ekaterina Vasilevna Fedotova (Naumova) verantwortlich für schwere Menschenrechtsverletzungen in Russland, indem sie das Recht auf Meinungsfreiheit und freie Meinungsäußerung verletzt hat.
5.	Inna Alexandrovna FESENKO	Position: Richterin am Bezirksgericht	Inna Alexandrovna Fesenko ist eine russische Richterin am

		<p>Kirowski, Stadt Tomsk Geburtsdatum: 22.12.1968 Staatsangehörigkeit: russisch Geschlecht: weiblich</p>	<p>Bezirksgericht Kirowski der Stadt Tomsk. In dieser Funktion wies sie zwei Untätigkeitsklagen gegen die Verkehrspolizei von Tomsk im Zusammenhang mit der Vergiftung von Alexej Nawalny ab. Ausserdem hatte sie bestimmte Massnahmen gegen Ksenia Fadeeva, der ehemaligen Leiterin von Nawalnys Organisation am Hauptsitz in Tomsk, mit einem Verbot belegt. Daher ist Inna Alexandrowna Fesenko für Handlungen verantwortlich, die die Rechtsstaatlichkeit in Russland ernsthaft untergraben.</p>
6.	Ekaterina Viktorovna GALYAUTDINOVA	<p>Position: Richterin am Bezirksgericht Kirowski, Stadt Tomsk Geburtsdatum: 1969 Staatsangehörigkeit: russisch Geschlecht: weiblich</p>	<p>Ekaterina Viktorovna Galyautdinova ist eine russische Richterin am Bezirksgericht Kirowski der Stadt Tomsk. In dieser Funktion wies sie zwei Untätigkeitsklagen gegen die Verkehrspolizei von Tomsk im Zusammenhang mit den Ermittlungen in Bezug auf die Vergiftung von Alexej Nawalny ab. Daher ist Ekaterina Viktorovna Galyautdinova für Handlungen verantwortlich, die die Rechtsstaatlichkeit in Russland ernsthaft untergraben.</p>
7.	Dmitry Evgenevich PANKRATOV	<p>Position: Leitender Ermittlungsbeamter der Hauptabteilung Militärische Ermittlungen des Ermittlungsausschusses der Russischen Föderation, Oberst der Justiz Geburtsdatum: 29.12.1967 Staatsangehörigkeit: russisch Geschlecht: männlich</p>	<p>Dmitry Evgenevich Pankratov ist ein leitender Ermittlungsbeamter der Hauptabteilung Militärische Ermittlungen des Ermittlungsausschusses der Russischen Föderation. In dieser Funktion hat er sich geweigert, eine Untersuchung zum versuchten Mord an Alexej Nawalny einzuleiten, nachdem Nawalny mit dem Nervengift Nowitschok vergiftet wurde. Daher ist Dmitry Evgenevich Pankratov für Handlungen verantwortlich, die die Rechtsstaatlichkeit in Russland ernsthaft untergraben.</p>

8.	Evgeniy Borisovich RAS-TORGUEV	Position: Richter am 9. Arbitrage- und Appellationsgericht, Russland Geburtsdatum: 20.8.1970 Geburtsort: Gebiet Wladimir, ehemals UdSSR (jetzt Russische Föderation) Staatsangehörigkeit: russisch Geschlecht: männlich	Evgeniy Borisovich Rastorguev ist Richter am 9. Arbitrage- und Appellationsgericht, Russland. In dieser Funktion gab er der Klage des Unternehmens "Druschba Narodow" gegen Alexej Nawalny statt. Alexej Nawalny hatte in seiner Untersuchung behauptet, dass das Unternehmen an einem System der Korruption mit der Russischen Nationalgarde (Rosgvardia) beteiligt ist. Evgeniy Borisovich Rastorguev ist daher für schwere Menschenrechtsverletzungen in Russland verantwortlich, indem er das Recht auf Meinungsfreiheit und freie Meinungsäußerung verletzt hat, und für Tätigkeiten, die die Rechtsstaatlichkeit in Russland ernsthaft untergraben.
9.	Alexander Sergeevich ERMOLENKO	Position: Leiter der Abteilung Nr. 15 des Bundesinstituts "Strafrechtliche Exekutivinspektion der Direktion des Föderalen Strafvollzugsdienstes in Moskau" Geburtsdatum: 11.11.1993 Staatsangehörigkeit: russisch Geschlecht: männlich	Alexander Sergeevich Ermolenko ist Leiter der Abteilung Nr. 15 des Bundesinstituts "Strafrechtliche Exekutivinspektion der Direktion des Föderalen Strafvollzugsdienstes in Moskau". In dieser Funktion hat er in der Sache "Yves Rocher" während des Gerichtsverfahrens die Umwandlung der Bewährungsstrafe für Alexej Nawalny in eine Freiheitsstrafe unterstützt. Daher ist Alexander Sergeevich Ermolenko verantwortlich für schwere Menschenrechtsverletzungen in Russland, indem er das Recht auf Meinungsfreiheit und freie Meinungsäußerung verletzt hat.
10.	Irina Geroldovna KIM	Position: Richterin am Stadtgericht Kowrow des Gebiets Wladimir Geburtsdatum: 14.8.1978 Staatsangehörigkeit: russisch	Irina Geroldovna Kim ist Richterin am Stadtgericht Kowrow des Gebiets Wladimir. Seit 2022 war sie unmittelbar daran beteiligt, für Alexej Nawalny grausame Bedingungen zu schaffen und aufrechtzuerhalten, indem sie wiederholt

		Geschlecht: weiblich	<p>seine Klagen wegen seiner Behandlung in der Strafkolonie IK-6 abwies, in der er aufgrund einer politisch motivierten Strafverfolgung eine Haftstrafe verbüsste.</p> <p>Daher ist Irina Geroldovna Kim für schwere Menschenrechtsverletzungen in Russland verantwortlich, einschliesslich Folter und anderer grausamer, unmenschlicher oder erniedrigender Behandlung oder Strafe, willkürlicher Inhaftierungen und systematischer Verstösse gegen das Recht auf Meinungsfreiheit und freie Meinungsäusserung.</p>
11.	Kirill Sergeevich NIKIFOROV	<p>Position: Richter am Regionalgericht des Gebiets Wladimir</p> <p>Ehemaliger Richter am Stadtgericht Kowrow des Gebiets Wladimir</p> <p>Geburtsdatum: 14.3.1992</p> <p>Staatsangehörigkeit: russisch</p> <p>Geschlecht: männlich</p>	<p>Kirill Sergeevich Nikiforov war Richter am Stadtgericht Kowrow des Gebiets Wladimir. Seit 2022 war er unmittelbar daran beteiligt, für Alexej Nawalny grausame Bedingungen zu schaffen und aufrechtzuerhalten, indem er wiederholt seine Klagen wegen seiner Behandlung in der Strafkolonie IK-6 abwies, in der er aufgrund einer politisch motivierten Strafverfolgung eine zwölfjährige Haftstrafe verbüsste.</p> <p>Daher ist Kirill Sergeevich Nikiforov für schwere Menschenrechtsverletzungen in Russland verantwortlich, einschliesslich Folter und anderer grausamer, unmenschlicher oder erniedrigender Behandlung oder Strafe, willkürlicher Inhaftierungen und systematischer Verstösse gegen das Recht auf Meinungsfreiheit und freie Meinungsäusserung. Er ist nach wie vor im Justizsystem in Russland tätig und wurde im Dezember 2024 zum Richter am Regionalgericht des Gebiets Wladimir befördert.</p>
12.	Sergey Vladimirovich BLINOV	Position: Vorsitzender des Bezirksgerichts Slobod-	Sergey Vladimirovich Blinov war Richter am Bezirksgericht Leninski der Stadt Kirow.

		<p>dskoy der Region Kirow Ehemaliger Richter am Bezirksgericht Leninski der Stadt Kirow Staatsangehörigkeit: russisch Geschlecht: männlich Geburtsdatum: 1978</p>	<p>Er hat im Jahr 2013 Alexej Nawalny und den Geschäftsmann Pyotr Ofitserov in dem politisch motivierten Gerichtsverfahren in der Rechtssache „Kirovles“ wegen Veruntreuung zu fünf bzw. vier Jahren Haft verurteilt. Darüber hinaus erhielten beide eine Geldstrafe von jeweils 500 00 Rubel. Daher ist Sergey Vladimirovich Blinov verantwortlich für schwere Menschenrechtsverletzungen in Russland, indem er das Recht auf Meinungsfreiheit und freie Meinungsäußerung verletzt hat. Derzeit ist er Vorsitzender des Bezirksgerichts Slobodskoy der Region Kirow.</p>
13.	Evgeny Vladimirovich BORISOV	<p>Position: Richter am Bezirksgericht Nikulinski der Stadt Moskau Staatsangehörigkeit: russisch Geschlecht: männlich Geburtsdatum: 13.3.1984</p>	<p>Evgeny Vladimirovich Borisov ist Richter am Bezirksgericht Nikulinski der Stadt Moskau. 2015 gab er der Klage des Unternehmens Kirovles auf Erstattung von 16 Mio. Rubel durch Alexej Nawalny und zwei weitere Angeklagte in der politisch motivierten Rechtssache „Kirovles“ statt. Daher ist Evgeny Vladimirovich Borisov verantwortlich für schwere Menschenrechtsverletzungen in Russland, indem er das Recht auf Meinungsfreiheit und freie Meinungsäußerung verletzt hat.</p>
14.	Tatyana Stanislavovna DODONOVA	<p>Position: Richterin am Moskauer Stadtgericht Staatsangehörigkeit: russisch Geschlecht: weiblich</p>	<p>Tatyana Stanislavovna Dodonova ist Richterin am Moskauer Stadtgericht. 2014 erkannte sie das Urteil in der Rechtssache "Yves Rocher", mit dem Alexej Nawalny unter Hausarrest zu stellen ist, als rechtmässig an. Sie war systematisch an Gerichtsverfahren gegen Bürger der Russischen Föderation beteiligt, die in Opposition zum politischen Regime in Russland standen, indem sie im</p>

			Zusammenhang mit den Moskauer Protesten von 2019 festgenommene Personen verurteilt. Daher ist Tatyana Stanislavovna Dodonova verantwortlich für schwere Menschenrechtsverletzungen in Russland, indem sie das Recht auf Meinungsfreiheit und freie Meinungsäußerung verletzt hat.
15.	Elena Sergeevna ASTAKHOVA	Position: Richterin am Bezirksgericht Golovinski der Stadt Moskau Geburtsdatum: 30.3.1978 Staatsangehörigkeit: russisch Geschlecht: weiblich Ausweis-Nr.: 45 01 525454 Persönliche Steueridentifikationsnummer: 7703204586	Als Richterin am Bezirksgericht Golovinski der Stadt Moskau verurteilte Elena Sergeevna Astakhova den bekannten Menschenrechtsverteidiger und Mitvorsitzenden von "Memorial" Oleg Orlov aus politisch motivierten Gründen zu zwei Jahren und sechs Monaten in einem allgemeinen Straflager, weil er sich gegen den Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine geäußert hatte. Bei dem 70-jährigen Oleg Orlov handelt es sich um den am meisten geachteten und am längsten tätigen Menschenrechtsverteidiger Russlands; er war einer der Leiter der 2022 mit dem Friedensnobelpreis ausgezeichneten Organisation "Memorial" (Zentrum zur Verteidigung der Menschenrechte), die im Zuge der systematischen und im grossen Massstab durchgeführten Unterdrückung des Rechts auf freie Meinungsäußerung, friedliche Versammlung und Vereinigung in Russland aufgelöst wurde. Oleg Orlov wurde - nachdem er in französischen Medien einen Text veröffentlicht hatte, in dem er sich gegen den Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine äusserte - wegen "Diskreditierung" der russischen Armee angeklagt und verurteilt. Daher ist Elena Sergeevna Astakhova verantwortlich für schwere Menschenrechtsverletzungen in Russland, indem sie

			das Recht auf Meinungsfreiheit und freie Meinungsäußerung verletzt hat.
16.	Olesya Yurievna VOROBYOVA	Position: Staatsanwältin Geburtsdatum: 4.6.1981	Als Staatsanwältin in dem politisch motivierten Gerichtsverfahren, das gegen den prominenten Menschenrechtsverteidiger Oleg Orlov eröffnet wurde, forderte Olesya Yurievna Vorobyova eine Haftstrafe von zwei Jahren und elf Monaten und begründete dies damit, dass der Artikel von Oleg Orlov gegen den Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine durch "ideologische Feindseligkeit und Hass" motiviert war. Bei dem 70-jährigen Oleg Orlov handelt es sich um den am meisten geachteten und am längsten tätigen Menschenrechtsverteidiger Russlands; er war einer der Leiter der 2022 mit dem Friedensnobelpreis ausgezeichneten Organisation "Memorial" (Zentrum zur Verteidigung der Menschenrechte), die im Zuge der systematischen und im grossen Massstab durchgeführten Unterdrückung des Rechts auf freie Meinungsäußerung, friedliche Versammlung und Vereinigung in Russland aufgelöst wurde. Oleg Orlov wurde - nachdem er in französischen Medien einen Text veröffentlicht hatte, in dem er sich gegen den Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine äusserte - wegen "Diskreditierung" der russischen Armee angeklagt und verurteilt. Daher ist Staatsanwältin Olesya Yurievna Vorobyova verantwortlich für schwere Menschenrechtsverletzungen in Russland, indem er das Recht auf Meinungsfreiheit und freie Meinungsäußerung verletzt hat.
17.	Ilya Andreevich SAVCHENKO	Position: Ermittler in der Abteilung	Ilya Andreevich Savchenko wurde der Rechtssache Oleg

		<p>Ermittlungen der Stadt Twer (Untersuchungsausschuss der Russischen Föderation) Geburtsdatum: 18.6.1997 Geburtsort: Rtishchevo - Region Saratow, Russische Föderation Staatsangehörigkeit: russisch Geschlecht: männlich</p>	<p>Orlov als ein Ermittler des Untersuchungsausschusses der Russischen Föderation zugeteilt und hat damit zur Verurteilung von Orlov wegen der Veröffentlichung eines Meinungsartikels gegen den Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine beigetragen. Ilya Andreevich Savchenko führte an, dass Orlov sich in dem von ihm veröffentlichten Artikel von "ideologischer Feindseligkeit gegen die traditionellen russischen geistigen, moralischen und patriotischen Werte" und von "Hass gegenüber der Gesellschaftsgruppe des russischen Militärs" leiten liess. Daher ist Ilya Andreevich Savchenko verantwortlich für schwere Menschenrechtsverletzungen in Russland, indem er das Recht auf Meinungsfreiheit und freie Meinungsäußerung verletzt hat.</p>
18.	Oksana Vasilyevna DEMYASHEVA	<p>Position: Stellvertretende Vorsitzende des Bezirksgerichts Kalininsky der Stadt Sankt Petersburg Ehemalige Richterin am Bezirksgericht Wassileostrowski der Stadt Sankt Petersburg Geburtsdatum: 10.3.1980 Staatsangehörigkeit: russisch Geschlecht: weiblich</p>	<p>In ihrer ehemaligen Funktion als Richterin am Bezirksgericht Wassileostrowski von Sankt Petersburg verurteilte Oksana Vasilyevna Demyasheva Alexandra Skotschilenko, eine Künstlerin, aus politisch motivierten Gründen wegen Verbreitung ‚falscher Informationen‘ über die russische Armee zu sieben Jahren Haft. Skotschilenko wurde wegen des Überklebens von Preisetiketten mit Anti-Kriegs-Aufklebern in einem Supermarkt festgenommen. Sie war eine der Ersten, die nach dem neu in das Strafrecht aufgenommenen Gesetz gegen ‚falsche Informationen‘ über die russischen Streitkräfte angeklagt wurde, und ihr Verfahren fand grosse Beachtung in der Öffentlichkeit wegen des beispiellosen Drucks, der von der Gefängnisverwal-</p>

			<p>tung, der Richterin und der Strafverfolgung auf sie ausgeübt wurde.</p> <p>Daher ist Oksana Vasilyevna Demyasheva verantwortlich für schwere Menschenrechtsverletzungen in Russland, indem sie das Recht auf Meinungsfreiheit und freie Meinungsäußerung verletzt hat.</p> <p>Sie ist nach wie vor im Justizsystem in Russland tätig und wurde im Dezember 2024 zur stellvertretenden Vorsitzenden des Bezirksgerichts Kalininsky der Stadt Sankt Petersburg benannt.</p>
19.	Alexander Yurievich GLADYSHEV	<p>Position: Staatsanwalt im Büro der Staatsanwaltschaft/ Staatsanwaltskanzlei Sankt Petersburg Geburtsdatum: 28.10.1994 Staatsangehörigkeit: russisch Geschlecht: männlich</p>	<p>Als Staatsanwalt im Büro der Staatsanwaltschaft von Sankt Petersburg forderte Alexander Yurievich Gladyshev acht Jahre Haft für Alexandra Skotschilenko, eine Künstlerin, aus politisch motivierten Gründen wegen Verbreitung "falscher Informationen" über die Armee, nachdem sie wegen Überklebens von Preisschildern in einem Supermarkt mit Anti-Kriegs-Aufklebern festgenommen worden war. Skotschilenko war eine der Ersten, die nach dem neu in das Strafrecht aufgenommenen Gesetz gegen "falsche Informationen" über die russischen Streitkräfte angeklagt wurde, und ihr Verfahren fand grosse Beachtung in der Öffentlichkeit wegen des beispiellosen Drucks, der von der Gefängnisverwaltung, der Richterin und der Strafverfolgung auf sie ausgeübt wurde.</p> <p>Daher ist Alexander Yurievich Gladyshev verantwortlich für schwere Menschenrechtsverletzungen in Russland, indem er das Recht auf Meinungsfreiheit und freie Meinungsäußerung verletzt hat.</p>

20.	Olesya Anatolejevna MENDELEYEVA	Position: Richterin am Gericht Meshchansky der Stadt Moskau Geburtsdatum: 18.4.1981 Staatsangehörigkeit: russisch Geschlecht: weiblich	Olesya Mendeleyeva ist Richterin am Gericht Meshchansky der Stadt Moskau. Sie verurteilt den lokalen Aktivisten und kommunalen Abgeordneten Alexei Gorinov aus politisch motivierten Gründen gemäss Art. 207.1 des Strafgesetzbuchs der Russischen Föderation über die Verbreitung vorsätzlich falscher Informationen über Handlungen der Streitkräfte der Russischen Föderation zu sieben Jahren Haft. Gorinov wurde verurteilt, weil er in einer Sitzung des Abgeordnetenrates des Stadtbezirks Krasnoselsky geäussert hatte, dass ein Malwettbewerb für Kinder nach der Aggression Russlands gegen die Ukraine wie eine ‚Feier während einer Pestepidemie‘ erscheine. Das Gerichtsverfahren war sehr kurz und diente laut unabhängiger Experten als Mittel der Einschüchterung andersdenkender russischer Bürgerinnen und Bürger. Diese Verurteilung war eine der ersten Freiheitsstrafen durch einen russischen Richter nach Art. 207.1, die nicht zur Bewährung ausgesetzt wurde. Während des Gerichtsverfahrens stellte sich Richterin Mendeleyeva regelmässig auf die Seite der Staatsanwaltschaft und lehnte fast alle Anträge der Verteidigung und des Angeklagten ab, einschliesslich eines Ersuchens, ihn aufgrund der Verschlechterung seines Gesundheitszustands aus der Haft zu entlassen. Die Richterin folgte dem Strafantrag der Staatsanwaltschaft in vollem Umfang und verurteilte Gorinov zu sieben Jahren Haft für gewaltfreie Aktionen. Diese Haft hat zu einer erheblichen Verschlechterung seines Gesundheitszustands in einem Straflager und zu
-----	------------------------------------	--	--

			<p>unzureichender medizinischer Versorgung geführt. Daher ist Olesya Mendeleyeva für schwere Menschenrechtsverletzungen, für Repressionen gegen die demokratische Opposition und für Aktivitäten, die die Rechtsstaatlichkeit in Russland ernsthaft untergraben, verantwortlich.</p>
21.	Olga Vladimirovna BALANDINA	<p>Position: Richterin am Stadtgericht Sovetsk der Oblast Kaliningrad Geburtsdatum: 5.6.1979 Staatsangehörigkeit: russisch Geschlecht: weiblich</p>	<p>Olga Balandina ist Richterin am Stadtgericht Sovetsk der Oblast Kaliningrad. Sie verurteilte den lokalen Aktivisten Igor Baryshnikov aus politisch motivierten Gründen gemäss Art. 207.1 des Strafgesetzbuchs der Russischen Föderation zu siebeneinhalb Jahren Haft, weil er Posts über die russischen Bombardierungen von Mariupol und die Gräueltaten Russlands in Bucha veröffentlicht hatte. Trotz der eidesstattlichen Aussage eines behandelnden Arztes, dass sich für Baryshnikov die Haft auf Grund einer Zystotomie und eines Katheters im Unterbauch als tödlich erweisen könnte, weigerte sich die Richterin während des Gerichtsverfahrens, eine gerichtsmedizinische Untersuchung des Gesundheitszustands des Angeklagten durchzuführen zu lassen. In der Folge hat die Haft zu einer unzureichenden Behandlung im Straflager und einer Verschlechterung des Gesundheitszustandes von Igor Baryshnikov geführt. Als seine Mutter anderthalb Monate nach dem Urteil verstarb, weigerte sich die Richterin zudem, Igor Baryshnikov an deren Beerdigung teilnehmen zu lassen. Daher ist Olga Balandina für schwere Menschenrechtsverletzungen, für Repressionen gegen die demokratische Opposition und für Aktivitäten, die die Rechtsstaatlichkeit in Russland</p>

			ernsthaft untergraben, verantwortlich.
22.	Svetlana Fyodorovna ZHURAVLOVA	Position: Leitende Assistentin der überbezirklichen Staatsanwaltschaft von Meshchansky Geburtsdatum: 8.7.1988 Staatsangehörigkeit: russisch Anschrift: 1 Krasnoselsky per. 5/14, 107140 Moskau	Svetlana Zhuravlova ist eine leitende Assistentin der überbezirklichen Staatsanwaltschaft von Meshchansky. Sie war beim Gerichtsverfahren gegen Alexei Gorinov als Staatsanwältin tätig. Herr Gorinov ist ein lokaler Aktivist und kommunaler Abgeordneter, der aus politisch motivierten Gründen gemäss Art. 207.1 des Strafgesetzbuchs der Russischen Föderation über die Verbreitung vorsätzlich falscher Informationen über Handlungen der Streitkräfte der Russischen Föderation zu sieben Jahren Haft verurteilt wurde. Herr Gorinov wurde verurteilt, weil er in einer Sitzung des Abgeordnetenrates des Stadtbezirks Krasnoselsky geäussert hatte, dass ein Malwettbewerb für Kinder nach der Aggression Russlands gegen die Ukraine wie eine ‚Feier während einer Pestepidemie‘ erscheine. Das Gerichtsverfahren war sehr kurz und diente laut unabhängiger Experten als Mittel der Einschüchterung andersdenkender russischer Bürgerinnen und Bürger. Dies war eine der ersten Freiheitsstrafen durch einen russischen Richter nach Art. 207.1, die nicht zur Bewährung ausgesetzt wurde. Staatsanwältin Zhuravlova sprach sich gegen alle Anträge der Verteidigung aus, die die Situation des Angeklagten hätten verbessern oder die Rechtslage klären können, einschliesslich eines Antrags, Herrn Gorinov aus dem gläsernen Käfig zu lassen, in dem er sich während des Verfahrens aufhalten musste, eines Antrags auf Freilassung aus der Haft aufgrund seines sich verschlechternden Gesundheitszustands

			<p>oder eines Antrags auf Überprüfung, ob Art. 207.1 mit der russischen Verfassung im Einklang steht. Die Richterin stellte sich bei allen oben genannten Anträgen auf die Seite der Staatsanwältin Zhuravlova. Die Staatsanwältin forderte eine siebenjährige Haftstrafe für Herrn Gorinov für gewaltfreie Aktionen, worin ihr die Richterin in vollem Umfang folgte. Diese Haft hat zu einer erheblichen Verschlechterung seines Gesundheitszustands im Straflager geführt, wo er unzureichend medizinisch versorgt wurde.</p> <p>Daher ist Svetlana Zhuravlova für schwere Menschenrechtsverletzungen, für Repressionen gegen die demokratische Opposition und für Aktivitäten, die die Rechtsstaatlichkeit in Russland ernsthaft untergraben, verantwortlich.</p>
23.	Alexey Sergejevich KHARLAMOV	<p>Position: Vorsitzender des Regionalgerichts Moskau Geburtsdatum: 25.1.1975 Staatsangehörigkeit: russisch Geschlecht: männlich</p>	<p>Alexey Kharlamov ist Vorsitzender des Regionalgerichts Moskau und war zuvor er Richter am Obersten Gerichtshof der Russischen Föderation und Mitglied des Präsidiums des Obersten Gerichtshofs.</p> <p>In seiner Position als Mitglied des Präsidiums des Obersten Gerichtshofs der Russischen Föderation bestätigte er im April 2018 das Urteil gegen den Oppositionspolitiker Alexei Nawalny und dessen Bruder Oleg im Fall Yves Rocher, obwohl der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte im Oktober 2017 entschieden hatte, dass Russland das Recht der Nawalny-Brüder auf ein unparteiisches Gericht und eine gerechte Strafe ausschliesslich nach geltendem Recht verletzt habe. Infolgedessen wurde</p>

			<p>Alexei Nawalny schuldig gesprochen und - als Folge - Jahre später in einem Hochsicherheits-Straflager inhaftiert, um ihn daran zu hindern, an politischen Aktivitäten teilzunehmen.</p> <p>Daher ist Alexey Kharlamov für schwere Menschenrechtsverletzungen in Russland, einschliesslich der Verletzung des Rechts auf Meinungsfreiheit und freie Meinungsäusserung, und für Aktivitäten, die die Rechtsstaatlichkeit in Russland ernsthaft untergraben, verantwortlich.</p>
24.	Tatiana Alexandrovna MOLITVINA	<p>Position: Richterin am Stadtgericht Moskau</p> <p>Geburtsdatum: 28.3.1987</p> <p>Staatsangehörigkeit: russisch</p> <p>Geschlecht: weiblich</p>	<p>Tatiana Molitvina ist eine Richterin am Stadtgericht Moskau. Vor ihrer Ernennung in ihr derzeitiges Amt war sie Richterin am Bezirksgericht Tverskoy in der Stadt Moskau.</p> <p>In ihrer Funktion als Richterin am Bezirksgericht Tverskoy in der Stadt Moskau weigerte sie sich, eine Klage von Alexei Nawalny und der Stiftung zur Bekämpfung der Korruption gegen den Generalstaatsanwalt Yuri Chaika und den Präsidenten der Russischen Föderation Wladimir Putin anzunehmen. Herrn Nawalns Klage war einer von mehreren Versuchen, Yuri Chaika wegen Verleumdung zu verklagen, nachdem Herrn Nawalns Stiftung zur Bekämpfung der Korruption einen investigativen Film herausgebracht hatte, in dem Familienmitglieder von Chaika der Beteiligung an illegalen Aktivitäten beschuldigt wurden.</p> <p>Daher ist Tatiana Molitvina für schwere Menschenrechtsverletzungen in Russland, einschliesslich der Verletzung des Rechts auf Meinungsfreiheit und freie Meinungsäusserung, und für Aktivitäten, die die Rechtsstaat-</p>

			lichkeit in Russland ernsthaft untergraben, verantwortlich.
25.	Tatiana Anatolevna PETROVA	Position: Stellvertretende Richterin am Obersten Gerichtshof der Russischen Föderation Geburtsdatum: 27.7.1961 Geburtsort: Sychevka, Region Smolensk Staatsangehörigkeit: russisch Geschlecht: weiblich	Tatiana Petrova ist stellvertretende Vorsitzende des Obersten Gerichtshof der Russischen Föderation. In ihrer Position als Mitglied des Präsidiums des Obersten Gerichtshofs der Russischen Föderation bestätigte sie im April 2018 das Urteil gegen den Oppositionspolitiker Alexei Nawalny und dessen Bruder Oleg im Fall Yves Rocher, obwohl der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte im Oktober 2017 entschieden hatte, dass Russland das Recht der Nawalny-Brüder auf ein unparteiisches Gericht und eine gerechte Strafe verletzt habe. Infolgedessen wurde Alexei Nawalny schuldig gesprochen und - als Folge - Jahre später in einem Hochsicherheits-Straflager inhaftiert, um ihn daran zu hindern, an politischen Aktivitäten teilzunehmen. Daher ist Tatiana Petrova für schwere Menschenrechtsverletzungen in Russland, einschliesslich der Verletzung des Rechts auf Meinungsfreiheit und freie Meinungsäusserung, und für Aktivitäten, die die Rechtsstaatlichkeit in Russland ernsthaft untergraben, verantwortlich.
26.	Sergei Vladimirovich BOGDANOV	Position: Staatsanwalt in der Oblast Kirov Geburtsdatum: wahrscheinlich 1973 Staatsangehörigkeit: russisch Geschlecht: männlich	Sergei Bogdanov ist ein Staatsanwalt in der Oblast Kirov, Russland. Er vertrat die Staatsanwaltschaft in mehreren Gerichtsverhandlungen gegen Alexei Nawalny und Pyotr Ofitserov im Fall Kirovles. Im Juli 2013 beantragte er sechs Jahre Haft in einem Straflager mit allgemeinem Strafvollzug für Herrn Nawalny und fünf Jahre für Herrn Ofitserov. Darüber

			<p>hinaus forderte die Staatsanwaltschaft für jeden der Angeklagten als zusätzliche Strafe eine Geldstrafe in Höhe von 1 Million RUB.</p> <p>Im Dezember 2016 reichte Staatsanwalt Bogdanov eine ‚ähnliche Anklageschrift‘ wie im Jahr 2013 ein. Dies erfolgte, obwohl das Oberste Gericht der Russischen Föderation nach dem Urteil des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte (EGMR) das Urteil gegen Herrn Nawalny und Herrn Ofitserov aufgehoben und den Fall zur erneuten Verhandlung zurückverwiesen hatte.</p> <p>Bei der Neuverhandlung des Falls Kirovles im Februar 2017 hielt Staatsanwalt Bogdanov einen ähnlichen Vortrag wie im Jahr 2013 und fügte nur einen Kommentar zu den Entscheidungen des EGMR und des Obersten Gerichtshofs der Russischen Föderation, die Urteile gegen Nawalny und Ofitserov aufzuheben, hinzu. Er war der Ansicht, dass der Verweis auf diese Entscheidungen jeglicher rechtlichen Grundlage entbehre, da derzeit ein unabhängiges Verfahren laufe und das Urteil des EGMR keine vorgegebene Wirkung habe. Das Gericht befand daraufhin Herrn Nawalny und Herrn Ofitserov für schuldig und verurteilte sie zu fünf bzw. vier Jahren auf Bewährung und einer Geldstrafe von jeweils 500 000 RUB.</p> <p>Daher ist Sergey Bogdanov für schwere Menschenrechtsverletzungen und für Aktivitäten, die die Rechtsstaatlichkeit in Russland ernsthaft untergraben, verantwortlich.</p>
27.	Ekaterina Sergeevna FROLOVA	Position: Staatsanwältin bei der	Ekaterina Frolova ist Staatsanwältin bei der Generalstaatsanwaltschaft.

		<p>Generalstaatsanwaltschaft Geburtsdatum: ca. 1988 Staatsangehörigkeit: russisch Geschlecht: weiblich Verbundene Organisationen: Abteilung Strafrecht der Staatsanwaltschaft Moskau</p>	<p>Im Jahr 2020 wurde sie aus dem Zentralen Verwaltungsbezirk zur Staatsanwältin der Abteilung Strafrecht der Staatsanwaltschaft Moskau befördert. In dieser Position fungierte sie als Staatsanwältin in mehreren Verfahren gegen Alexei Nawalny. Im Februar 2021 setzte sie sich vor Gericht im Fall Yves Rocher für die Umwandlung der Bewährungsstrafe von Alexei Nawalny in eine Freiheitsstrafe ein, obgleich er in der Charité-Klinik behandelt wurde, die Bewährungszeit abgelaufen war und zudem ein Urteil des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte vorlag. Im selben Monat forderte sie das Gericht auf, Herrn Nawalny der Verleumdung gegen den Veteranen des Zweiten Weltkriegs Ignat Artemenko für schuldig zu befinden. Nach ihrer Teilnahme am Nawalny-Prozess wurde Ekaterina Frolova in das Amt einer Staatsanwältin bei der Generalstaatsanwaltschaft berufen. Daher ist Ekaterina Frolova für schwere Menschenrechtsverletzungen und für Aktivitäten, die die Rechtsstaatlichkeit in Russland ernsthaft untergraben, verantwortlich.</p>
28.	Mikhail Yurevich KAZAKOV	<p>Position: Richter am Stadtgericht Moskau Geburtsdatum: 9.2.1976 Staatsangehörigkeit: russisch Geschlecht: männlich Verbundene Organisationen: Stadtgericht Moskau</p>	<p>Mikhail Kazakov ist ein russischer Richter am Stadtgericht Moskau. Während des Gerichtsverfahrens, in dem die Stiftung zur Bekämpfung der Korruption, die dazugehörige juristische Person, die Stiftung zum Schutz der Bürgerrechte und Nawalnys Hauptquartier als extremistische Organisationen eingestuft wurden, liess er die Prozessdokumente unter Verschluss nehmen und verhinderte so den Zugang von Alexei Nawalny und seinen Anwälten zu ihnen.</p>

			<p>Im Dezember 2021 ordnete Herr Kazakov die Auflösung des Menschenrechtszentrums Memorial und seiner Organisationseinheiten an.</p> <p>Daher ist Mikhail Kazakov für schwere Menschenrechtsverletzungen, einschliesslich Verletzungen des Rechts auf Vereinigungsfreiheit und des Rechts auf Meinungsfreiheit und freie Meinungsäusserung, und für Aktivitäten, die die Rechtsstaatlichkeit in Russland ernsthaft untergraben, verantwortlich.</p>
29.	Alexander Alexandrovich KEMEROV	<p>Position: Ermittler des Ermittlungskomitees der Russischen Föderation für die Region Kemerovo</p> <p>Geburtsdatum: 27.9.1984</p> <p>Staatsangehörigkeit: russisch</p> <p>Geschlecht: männlich</p>	<p>Alexander Kemerov ist ein Ermittler des Ermittlungskomitees der Russischen Föderation für die Region Kemerovo (Kusbass).</p> <p>In dieser Funktion war er am fingierten ‚Extremismus-Fall‘ gegen Alexei Nawalny Anhänger - darunter Vadim Ostanin, den ehemaligen Leiter von Nawalyns Hauptquartier in Barnaul - und am fingierten Verfahren wegen Betrugs gegen Alexei Nawalny selbst beteiligt.</p> <p>Herr Kemerov setzte den ehemaligen Mitarbeiter von Nawalyns Stiftung zur Bekämpfung der Korruption Fyodor Gorozhanko unter Druck, damit dieser gegen Alexei Nawalny aussagt, um ihn zu belasten.</p> <p>Daher ist Alexander Kemerov für schwere Menschenrechtsverletzungen in Russland, einschliesslich Folter und anderer grausamer, unmenschlicher oder erniedrigender Behandlung oder Strafe, willkürlicher Festnahmen und Inhaftierungen, verantwortlich. Er ist auch für Verletzungen des Rechts auf Meinungsfreiheit und freie Meinungsäusserung und für Aktivitäten, die die Rechtsstaatlichkeit in Russland ernsthaft untergraben, verantwortlich.</p>

30.	Valentin Valentinovich ERSHOV	Position: Stellvertretender Vorsitzender des Regionalgerichts Moskau Geburtsdatum: 8.4.1985 Staatsangehörigkeit: russisch Geschlecht: männlich	Valentin Ershov ist stellvertretender Vorsitzender des Regionalgerichts Moskau. Früher war er Richter am Bezirksgericht Presnensky in Moskau, anschliessend Richter am Bezirksgericht Moskau. In dieser Funktion lehnte er es in einem politisch motivierten Verfahren ab, eine von Alexei Nawalny und der Stiftung zur Bekämpfung der Korruption gegen den Generalstaatsanwalt Yuri Chaika und die Redaktion des Online-Magazins ‚Ekho Moskyv‘ erhobene Klage zum Schutz der Ehre, der Würde und des geschäftlichen Ansehens zu bearbeiten. Daher ist Valentin Ershov für schwere Menschenrechtsverletzungen in Russland, einschliesslich der Verletzung des Rechts auf Meinungsfreiheit und freie Meinungsäusserung, und für Aktivitäten, die die Rechtsstaatlichkeit in Russland ernsthaft untergraben, verantwortlich.
31.	Ruslan Shavkyatovich NEVEROV	Position: Ermittler für besonders wichtige Fälle in der 1. zonalen Kontrollabteilung der Abteilung für Verfahrenskontrolle und Kriminalistik der Hauptabteilung Militärische Ermittlungen des Ermittlungsausschusses, Oberst der Justiz Geburtsdatum: 22.6.1979 Staatsangehörigkeit: russisch Telefonnummer: +7-905-503-1997	Ruslan Neverov ist der Ermittler für besonders wichtige Fälle in der 1. zonalen Kontrollabteilung der Abteilung für Verfahrenskontrolle und Kriminalistik der Hauptabteilung Militärische Ermittlungen des Ermittlungsausschusses. In dieser Funktion beantragte er im März 2021 im Verfahren vor dem Militärgericht der 235. Garnison die Abweisung einer Beschwerde über die Untätigkeit der Hauptabteilung Militärische Ermittlungen des Ermittlungsausschusses im Zusammenhang mit der Vergiftung von Alexei Nawalny mit dem Nervenkampfstoff Nowitschok im Jahr 2020. Das Gericht stimmte der Ablehnung von Herrn Nawalyns Klage zu.

			Daher ist Ruslan Neverov für schwere Menschenrechtsverletzungen in Russland, einschliesslich der Verletzung des Rechts auf Meinungsfreiheit und freie Meinungsäusserung, und für Aktivitäten, die die Rechtsstaatlichkeit in Russland ernsthaft untergraben, verantwortlich.
32.	Elena Alekseevna KOROBKOVA	Position: Leiterin der Abteilung für die Vollstreckung von Strafen, die nicht mit der Isolierung von Strafgefangenen von der Gesellschaft zusammenhängen Geburtsdatum: 4.10.1970 Geschlecht: weiblich Telefonnummer: +7-916-456-3230	Elena Korobkova ist Leiterin der Abteilung für die Vollstreckung von Strafen, die nicht mit der Isolierung von Strafgefangenen von der Gesellschaft zusammenhängen. Im Jahr 2020 wurde der russische Oppositionsführer und Antikorruptionsaktivist Alexei Nawalny mit dem Nervenkampfstoff Nowitschok vergiftet und daraufhin in ernstem Zustand in ein Krankenhaus in Berlin, Deutschland, eingeliefert. Aufgrund seines Gesundheitszustands war er nicht in der Lage, sich zu einer vom Föderalen Strafvollzugsdienst (FSIN) der Russischen Föderation angeordneten Inspektion zu begeben. Infolgedessen reichte die Strafvollzugsinspektion des FSIN Russlands in Moskau am 29. Dezember 2020 beim Gericht den Antrag ein, die Bewährungsstrafe Nawalyns aufzuheben und die durch das Gericht verhängte Strafe zu vollstrecken. Elena Korobkova beantragte als Vertreterin des FSIN, dass die Bewährungsstrafe für den Oppositionsführer in eine Freiheitsstrafe umgewandelt wird. Daher ist Elena Korobkova für schwere Menschenrechtsverletzungen in Russland, einschliesslich der Verletzung des Rechts auf Meinungsfreiheit und freie Meinungsäusserung, für Repressionen gegen die demokratische Opposition und für Aktivitäten, die die Rechtsstaatlichkeit in

			Russland ernsthaft untergraben, verantwortlich.
33.	Margarita Nikolaevna KOTOVA	Position: Richterin am Stadtgericht Moskau, ehemalige Richterin am Bezirksgericht Lefortovsky in Moskau Geburtsdatum: 25.6.1984 Staatsangehörig- keit: russisch Geschlecht: weib- lich Anschrift: Severodvinskaya Street, 11 Bldg. 1, Moskau, Russland, 127224 ITN: 771508948129 Telefonnummer: + 7-926-288-0049	Margarita Kotova ist Richterin am Moskauer Stadtgericht. Sie war bis 2022 Richterin am Bezirksgericht Lefortovsky in Moskau. In ihrer früheren Funktion befand Richterin Margarita Kotova Alexei Nawalny im Rahmen eines Gerichtsverfahrens im Hochsicherheitsgefängnis in Pokrov, 100 km östlich von Moskau, für schuldig; er verübte dort bereits eine zweieinhalbjährige Haftstrafe wegen Verstosses gegen die Bewährungsaufgaben während der Genesung von einem Giftanschlag. Sie verurteilte Alexei Nawalny zu neun Jahren Haft in einem Hochsicherheits-Straflager und einer Geldstrafe von 1,2 Millionen RUB im Rahmen eines fingierten Verfahrens wegen Betrugs und Beleidigung des Gerichts. Alexei Nawalny wurde zudem der Veruntreuung von Spendengeldern und der Beleidigung einer Richterin beschuldigt. Ferner verlängerte sie die Untersuchungshaft eines Mannes unter falschen Vorgaben aufgrund dessen proukrainischer Ansichten und verletzte damit seine Verteidigungsrechte. Daher ist Margarita Kotova für schwere- Verletzungen des Verteidigungsrechts und des Rechts auf Meinungsfreiheit und freie Meinungsäußerung, für Repressionen gegen die Zivilgesellschaft und die demokratische Opposition und für Aktivitäten, die die Rechtsstaatlichkeit in Russland ernsthaft untergraben, verantwortlich.
34.	Nadezhda Viktorovna TIKHONOVA	Position: Staatsan- wältin in der Gene- ralstaatsanwalt-	Nadezhda Tikhonova ist eine Staatsanwältin in der Generalstaatsanwaltschaft der Russischen Föderation. In einem fin-

		<p>schaft der Russischen Föderation Geburtsdatum: 23.9.1974 Staatsangehörigkeit: russisch Geschlecht: weiblich</p>	<p>gierten Verfahren wegen Betrugs aufgrund der Sammlung von Spenden für die Arbeit seiner Antikorruptionsstiftung und wegen Missachtung des Gerichts beantragte Nadezhda Tikhonova bei einem Gericht, Alexei Nawalny für schuldig zu befinden und ihn zu 13 Jahren Gefängnis und 2 Jahren Freiheitsbeschränkung sowie einer Geldstrafe von 1,2 Millionen Rubel zu verurteilen. Daher ist Nadezhda Tikhonova für schwere Menschenrechtsverletzungen, einschliesslich der Verletzung des Rechts auf Meinungsfreiheit und freie Meinungsäusserung und für Repressionen gegen die Zivilgesellschaft und die demokratische Opposition und für Aktivitäten, die die Rechtsstaatlichkeit in Russland ernsthaft untergraben, verantwortlich.</p>
35.	Viktor Vladimirovich ROGOV	<p>Position: Richter am ersten ordentlichen Appellationsgericht Geburtsdatum: 26.5.1965 Telefonnummer: +7-919-075-0024</p>	<p>Viktor Rogov ist Richter am ersten ordentlichen Appellationsgericht. Er bestätigte das Urteil gegen den Politiker Alexei Nawalny und gegen Daniel Kholodny, den technischen Leiter des YouTube-Kanals ‚Navalny LIVE‘. Das Stadtgericht Moskau hatte Herr Nawalny in folgenden Punkten für schuldig befunden: Gründung einer NRO, die in die Rechte der Bürger eingreift, Extremismusfinanzierung, Schaffung einer extremistischen Gemeinschaft, die Minderjährige an gefährlichen Handlungen beteiligt, und Rehabilitierung der Nazi-Ideologie. Herr Nawalny wurde zu 19 Jahren in einem Sonder-Straflager und einer Geldstrafe von 500 000 RUB verurteilt. Herr Kholodny wurde der Finanzierung extremistischer Aktivitäten und der Teilnahme an Aktivitäten einer</p>

			<p>extremistischen Gruppe für schuldig befunden und zu 8 Jahren Haft in einem Straflager mit allgemeinem Strafvollzug verurteilt. Nach der Urteilsverkündung legten Herr Nawalny und Herr Kholodny Berufung beim ersten ordentlichen Appellationsgericht in Moskau ein, wo der Richter Rogov ihre Berufung abwies und das ursprüngliche Urteil bestätigte. Herr Rogov bestätigte ausserdem die Entscheidung, mit der der Oppositionsführer Vladimir Kara-Murza zu 25 Jahren Haft in einem Hochsicherheits-Straflager wegen Hochverrats, Beteiligung an Aktivitäten einer unerwünschten Gruppe und Diskreditierung der russischen Streitkräfte verurteilt wurde.</p> <p>Daher ist Viktor Rogov für schwere Verletzungen des Rechts auf Meinungsfreiheit und freie Meinungsäusserung, für Repressionen gegen die Zivilgesellschaft und die demokratische Opposition und für Aktivitäten, die die Rechtsstaatlichkeit in Russland ernsthaft untergraben, verantwortlich.</p>
36.	Denis Gennadievich POPOV	<p>Position: Stellvertretender Minister für Notlagen, zivile Verteidigung und Beseitigung der Folgen von Naturkatastrophen der Russischen Föderation.</p> <p>Ehemaliger Staatsanwalt der Stadt Moskau</p> <p>Geburtsdatum: 12.1.1972</p> <p>Geburtsort: Swerdlowsk</p> <p>Staatsangehörigkeit: russisch</p>	<p>Denis Popov war der Staatsanwalt der Stadt Moskau. Er wurde 2019 von Präsident Putin ernannt. Herr Popov war verantwortlich für die Organisation der staatlichen Verfolgung von Alexei Nawalny und anderen Oppositionsführern und politischen Aktivisten in Moskau. Er beaufsichtigte unmittelbar die Einstufung von Organisationen, die Alexei Nawalny zur Unterstützung seiner politischen Aktivitäten gegründet hatte, als extremistische Strukturen.</p> <p>Daher ist Denis Popov für schwere Menschenrechtsverletzungen oder -verstösse oder für Repressionen gegen die Zivilge-</p>

		<p>Geschlecht: männlich Steuer-ID: 770970517335</p>	<p>sellschaft und die demokratische Opposition und für Aktivitäten, die die Rechtsstaatlichkeit in Russland ernsthaft untergraben, verantwortlich. Derzeit ist er stellvertretender Minister für Notlagen, zivile Verteidigung und Beseitigung der Folgen von Naturkatastrophen der Russischen Föderation.</p>
37.	Alina Vladimirovna IBRAGIMOVA	<p>Position: Richterin am Bezirksgericht Kirovsky von Sankt Petersburg Staatsangehörigkeit: russisch Geschlecht: weiblich</p>	<p>Als Richterin am Bezirksgericht Kirovsky von Sankt Petersburg verurteilte Alina Ibragimova die Architektin und politische Aktivistin Olga Smirnova auf Grundlage politisch motivierter Vorwürfe wegen der Verbreitung ‚falscher Informationen‘ über die russische Armee zu einem Monat Haft. Olga Smirnova wurde wegen der Veröffentlichung von Anti-Kriegs-Informationen in den sozialen Medien in einer VK-Gruppe festgenommen. Daher ist Alina Ibragimova für schwere Verletzungen des Rechts auf Meinungsfreiheit und freie Meinungsäußerung, für Repressionen gegen die Zivilgesellschaft und die demokratische Opposition und für Aktivitäten, die die Rechtsstaatlichkeit in Russland ernsthaft untergraben, verantwortlich.</p>
38.	Olesya Igorevna KABOCHKINA	<p>Position: Stellvertretende Staatsanwältin des Bezirks Kalininsky von Sankt Petersburg Staatsangehörigkeit: russisch Geschlecht: weiblich</p>	<p>Als stellvertretende Staatsanwältin des Bezirks Kalininsky von Sankt Petersburg beantragte Olesya Kabochkina aus politisch motivierten Gründen eine siebenjährige Haftstrafe für Ioann Kurmoyarov, einen Blogger und Priester, wegen der Verbreitung ‚falscher Informationen‘ über die russische Armee. Ioann Kurmoyarov wurde festgenommen, weil er Video-Inhalte auf verschiedenen Plattformen der sozialen Medien veröffentlicht hatte, in denen er den Angriffs-</p>

			<p>krieg Russlands gegen die Ukraine auf christlich-pazifistischer und orthodox-theologischer Grundlage kritisierte.</p> <p>Olesya Kabochkina arbeitet auch als Staatsanwältin im Verfahren gegen Evgeny Bestuzhev, der wegen der Verbreitung ‚falscher Informationen‘ über die russische Armee festgenommen wurde.</p> <p>Daher ist Olesya Kabochkina für schwere Menschenrechtsverletzungen, einschliesslich der Verletzung des Rechts auf Meinungsfreiheit und freie Meinungsäusserung, für Repressionen gegen die Zivilgesellschaft und die demokratische Opposition und für Aktivitäten, die die Rechtsstaatlichkeit in Russland ernsthaft untergraben, verantwortlich.</p>
39.	Ulyana Andreyevna KALUGINA	Position: Stellvertretende Staatsanwältin des Bezirks Kalininsky von Sankt Petersburg Staatsangehörigkeit: russisch Geschlecht: weiblich	<p>Als stellvertretende Staatsanwältin des Bezirks Kalininsky von Sankt Petersburg beantragte Ulyana Kalugina aus politisch motivierten Gründen medizinische Zwangsmassnahmen gegen die Managerin Viktoria Petrova wegen der Verbreitung ‚falscher Informationen‘ über die russische Armee beantragt. Frau Petrova wurde festgenommen, weil sie Anti-Kriegs-YouTube-Videos, z. B. Material von Maksim Kants, Aleksandr Nevzorov und dem ukrainischen Präsidenten Selenskyj, auf ihrer eigenen VK-Seite verbreitete.</p> <p>Ulyana Kalugina war auch als Staatsanwältin zu Beginn des Verfahrens gegen Ioann Kurmoyarov tätig und beantragte eine Haftstrafe wegen der Verbreitung ‚falscher Informationen‘ über die russische Armee.</p> <p>Daher ist Ulyana Kalugina für schwere Verletzungen des Rechts auf Meinungsfreiheit und freie Meinungsäusserung, für</p>

			Repressionen gegen die Zivilgesellschaft und die demokratische Opposition und für Aktivitäten, die die Rechtsstaatlichkeit in Russland ernsthaft untergraben, verantwortlich.
40.	Dmitry Alekseyevich MIHAILOV	Position: Richter am Obersten Gericht der Republik Karelien in Petrozavodsk Staatsangehörigkeit: russisch Geschlecht: männlich	Als Richter am Obersten Gericht der Republik Karelien in Petrozavodsk verurteilte Dmitry Mihailov den Blogger und Aktivistin Sergey Drugov aus politisch motivierten Gründen zu 2 Jahren Zwangsarbeit wegen ‚Rehabilitierung der Nazi-Ideologie‘. Drugov wurde wegen des Repostings von Anti-Kriegs-Informationen auf seinem Telegram-Kanal festgenommen, dem etwa 67 Personen folgten. Daher ist Dmitry Mihailov für schwere Menschenrechtsverletzungen, einschliesslich der Verletzung des Rechts auf Meinungsfreiheit und freie Meinungsäusserung, für Repressionen gegen die Zivilgesellschaft und für Aktivitäten, die die Rechtsstaatlichkeit in Russland ernsthaft untergraben, verantwortlich.
41.	Natalya Vladimirovna PETROVA	Position: Richterin am Bezirksgericht Kirovsky von Sankt Petersburg Staatsangehörigkeit: russisch Geschlecht: weiblich	Als Richterin am Bezirksgericht Kirovsky von Sankt Petersburg verurteilte Natalya Petrova die Architektin und politische Aktivistin Olga Smirnova aus politisch motivierten Gründen wegen der Verbreitung ‚falscher Informationen‘ über die russische Armee zu 6 Jahren Haft. Olga Smirnova wurde wegen der Veröffentlichung von Anti-Kriegs-Informationen in den sozialen Medien in einer VK-Gruppe festgenommen. Daher ist Natalya Petrova für schwere Menschenrechtsverletzungen, für Repressionen gegen die Zivilgesellschaft und die demokratische Opposition und für Aktivitäten, die die Rechts-

			staatlichkeit in Russland ernsthaft untergraben, verantwortlich.
42.	Gennadi Yuvinaliyevich PILEHIN	Position: Richter am Bezirksgericht Kalininsky von Sankt Petersburg Geburtsdatum: 11.8.1972 Staatsangehörigkeit: russisch Geschlecht: männlich Anschrift: st. Voss-taniya, 17, St. Petersburg, Russland, 191036 Apartment 2	Als Richter am Bezirksgericht Kalininsky von Sankt Petersburg verurteilte Gennadi Pilehin die Managerin Viktoria Petrova aus politisch motivierten Gründen wegen der Verbreitung ‚falscher Informationen‘ über die russische Armee zu medizinischen Zwangsmassnahmen. Frau Petrova wurde festgenommen, weil sie Anti-Kriegs-YouTube-Videos, z. B. Material von Maksim Kants, Aleksandr Nevzorov und dem ukrainischen Präsidenten Selenskyj, auf ihrer eigenen VK-Seite verbreitete. Daher ist Gennadi Pilehin für schwere Menschenrechtsverletzungen, für Repressionen gegen die Zivilgesellschaft und die demokratische Opposition und für Aktivitäten, die die Rechtsstaatlichkeit in Russland ernsthaft untergraben, verantwortlich.
43.	Ekaterina Feliksovna TIAMINA	Position: Richterin am Stadtgericht Sankt Petersburg Ehemalige Richterin am Bezirksgericht Kalininsky der Stadt Sankt Petersburg Staatsangehörigkeit: russisch Geschlecht: weiblich	Als Richterin am Bezirksgericht Kalininsky von Sankt Petersburg verurteilte Ekaterina Tiamina den Blogger und Priester Ioann Kurmoyarov aus politisch motivierten Gründen wegen der Verbreitung ‚falscher Informationen‘ über die russische Armee zu drei Jahren Haft. Ioann Kurmoyarov wurde festgenommen, weil er Video-Inhalte auf verschiedenen Plattformen der sozialen Medien veröffentlicht hatte, in denen er den Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine auf christlich-pazifistischer und orthodox-theologischer Grundlage kritisierte. Ekaterina Tiamina verlängerte auch die Inhaftierung der Managerin Viktoria Petrova aus politisch motivierten Gründen

			<p>wegen der Verbreitung ‚falscher Informationen‘ über die russische Armee. Frau Petrova wurde festgenommen, weil sie Anti-Kriegs-YouTube-Videos, z. B. Material von Maksim Kants, Aleksandr Nevzorov und dem ukrainischen Präsidenten Selenskyj, auf ihrer eigenen VK-Seite verbreitete.</p> <p>Daher ist Ekaterina Tiamina für schwere Verletzungen des Rechts auf Meinungsfreiheit und freie Meinungsäußerung, für Repressionen gegen die Zivilgesellschaft und für Aktivitäten, die die Rechtsstaatlichkeit in Russland ernsthaft untergraben, verantwortlich.</p> <p>Derzeit ist sie Richterin am Stadtgericht Sankt Petersburg.</p>
44.	Vyacheslav Vasilyevich VITUKHIN	<p>Position: Staatsanwalt in der Staatsanwaltschaft von Petrozavodsk in der Republik Karelien</p> <p>Staatsangehörigkeit: russisch</p> <p>Geschlecht: männlich</p>	<p>Als Staatsanwalt in der Staatsanwaltschaft von Petrozavodsk in der Republik Karelien beantragte Vyacheslav Vitukhin aus politisch motivierten Gründen eine zweijährige Haftstrafe für den Blogger und Aktivistin Sergey Drugov wegen ‚Rehabilitierung der Nazi-Ideologie‘.</p> <p>Herr Drugov wurde wegen des Repostings von Anti-Kriegs-Informationen auf seinem Telegram-Kanal festgenommen, dem etwa 67 Personen folgten.</p> <p>Daher ist Vyacheslav Vitukhin für schwere Menschenrechtsverletzungen, einschliesslich der Verletzung des Rechts auf Meinungsfreiheit und freie Meinungsäußerung, für Repressionen gegen die Zivilgesellschaft und die demokratische Opposition und für Aktivitäten, die die Rechtsstaatlichkeit in Russland ernsthaft untergraben, verantwortlich.</p>
45.	Yulia Viacheslavovna SHILOVA	<p>Position: Bundesrichterin am Bezirksgericht</p>	<p>Yulia Shilova ist Bundesrichterin am Bezirksgericht Petushinsky in Russland. Sie wurde 2022 per</p>

		<p>Petushinsky in Russland Staatsangehörigkeit: russisch Geburtsdatum: 28.9.1990 Geburtsort (Stadt, Land): Tulaga, Oblast Gorkovskaya, USSR (derzeit: Oblast Nizhegorodskaya, Russische Föderation) Geschlecht: weiblich</p>	<p>Dekret von Wladimir Putin ernannt. Yulia Shilova war die zuständige Richterin in dem politisch motivierten Gerichtsverfahren gegen die drei Anwälte des verstorbenen Alexei Nawalny: V. Kobzev, I. Sergunin und A. Liptser. Diese Anwälte wurden im Oktober 2023 festgenommen, als die Verfahren gegen Nawalny noch nicht abgeschlossen waren. Das Verfahren gegen die Anwälte fand von September 2024 bis Ende Dezember 2024 unter Ausschluss der Öffentlichkeit statt. Das Verfahren zeichnete sich durch willkürliche und unfaire Methoden aus, die von Yulia Shilova genehmigt wurden, einschliesslich Anhörungen unter Ausschluss der Öffentlichkeit, und der von ihr getroffenen Entscheidung, die Anwälte des verstorbenen Alexei Nawalny aus willkürlichen Gründen zu verurteilen. Die Richterin Yulia Shilova hat die drei Anwälte Nawalyns wegen ihrer angeblichen extremistischen Aktivitäten willkürlich verurteilt. Yulia Shilova ist daher für schwere Verletzungen des Rechts auf Meinungsfreiheit und freie Meinungsäusserung und des Rechts auf ein unparteiisches Gericht sowie für Repressionen gegen die Zivilgesellschaft und für Aktivitäten, die die Rechtsstaatlichkeit in Russland ernsthaft untergraben, verantwortlich.</p>
46.	Andrei Valerievich KATKOV	<p>Position: Leiter des Büros der Staatsanwälte in der Staatsanwaltschaft der Region Vladimir Staatsangehörigkeit: russisch Geburtsdatum: 28.8.1979</p>	<p>Andrei Katkov ist Leiter des Büros der Staatsanwälte in der Staatsanwaltschaft der Region Vladimir in Russland. Andrei Katkov war der Staatsanwalt in dem politisch motivierten Verfahren gegen die drei Anwälte des verstorbenen Alexei Nawalny: V. Kobzev, I. Ser-</p>

		<p>Geburtsort (Stadt, Land): unbekannt Geschlecht: männlich</p>	<p>gunin und A. Liptser. Die Anwälte wurden im Oktober 2023 festgenommen, als das Verfahren gegen Herrn Nawalny noch nicht abgeschlossen war. Das Verfahren gegen die Anwälte fand von September 2024 bis Ende Dezember 2024 unter Ausschluss der Öffentlichkeit statt.</p> <p>Als Staatsanwalt forderte Andrei Katkov willkürlich Höchststrafen für die Anwälte; er gründete seine Behauptungen auf Informationen, die gegen die Vertraulichkeit der anwaltlichen Korrespondenz verstießen. Die Beschuldigungen waren politisch motiviert und konzentrierten sich auf die ‚extremistische Gemeinschaft‘, denen die Anwälte von Alexei Nawalny nach Darstellung von Andrei Katkov angehörten. Das Verfahren zeichnete sich durch willkürliche und unfaire Methoden aus, und die Entscheidung über die Verurteilung der Anwälte des verstorbenen Alexei Nawalny wurde von der zuständigen Richterin willkürlich getroffen.</p> <p>Andrei Katkov ist daher für schwere Verletzungen des Rechts auf Meinungsfreiheit und freie Meinungsäußerung und des Rechts auf ein unparteiisches Gericht sowie für Repressionen gegen die Zivilgesellschaft und für Aktivitäten, die die Rechtsstaatlichkeit in Russland ernsthaft untergraben, verantwortlich.</p>
47.	Natalia Vladimirovna BORISENKOVA	<p>Position: Richterin und stellvertretende Vorsitzende des Bezirksgerichts Nagatinsky in Moskau, Russland Staatsangehörigkeit: russisch</p>	<p>Natalia Borisenkova ist Richterin und stellvertretende Vorsitzende des Bezirksgerichts Nagatinsky in Moskau, Russland. Sie wurde 2012 per Dekret von Präsident Wladimir Putin ernannt. Natalia Borisenkova war die zuständige Richterin in dem</p>

		<p>Geburtsdatum: 12.8.1979 Geburtsort (Stadt, Land): unbekannt, Russische Föderation Geschlecht: weiblich</p>	<p>politisch motivierten Verfahren gegen vier Journalisten, K. Gabov, S. Karelin, A. Kriger und A. Favorskaya, die über den verstorbenen Alexei Nawalny schrieben. Das Verfahren gegen die Journalisten fand von August 2024 bis zum 15. April 2025 unter Ausschluss der Öffentlichkeit statt. Die Richterin Natalia Borisenkova verurteilte die vier Journalisten zu Freiheitsstrafen von fünfeinhalb Jahren wegen ihrer angeblichen ‚Beteiligung an einer ‚extremistischen Gruppe‘, der Antikorruptionsstiftung (FBK) des verstorbenen Alexei Nawalny. Das Verfahren zeichnete sich durch willkürliche und unfaire Methoden aus, die von Natalia Borisenkova genehmigt wurden, wie etwa Anhörungen unter Ausschluss der Öffentlichkeit. Die Entscheidung über die Verurteilung der Journalisten wurde von Natalia Borisenkova willkürlich getroffen, unter Bezugnahme auf angebliche ‚extremistische Aktivitäten‘ - eine Anschuldigung, die in Russland häufig gegen Oppositionsgruppen vorgebracht wird. Natalia Borisenkova ist daher für schwere Verletzungen des Rechts auf Meinungsfreiheit und freie Meinungsäußerung und des Rechts auf ein unparteiisches Gericht, für Repressionen gegen die Zivilgesellschaft und die demokratische Opposition und für Aktivitäten, die die Rechtsstaatlichkeit in Russland ernsthaft untergraben, verantwortlich.</p>
48.	Roman Viktorovich VLADIMIROV	<p>Position: Richter des Zweiten Militärgerichts des Westlichen Militärbezirks, Russland Geburtsdatum: 9.2.1987</p>	<p>Roman Vladimirov, Richter des Zweiten Militärgerichts des Westlichen Militärbezirks, hat den ehemaligen kommunalen Abgeordneten des Bezirks Krasnoselsky in Moskau, Alexei Gorinov, aus politisch moti-</p>

		<p>Staatsangehörigkeit: russisch Geschlecht: männlich</p>	<p>vierten Gründen wegen dessen Meinungsäußerung zum Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine zu drei Jahren Haft in einem Straflager mit strengen Haftbedingungen verurteilt. Alexei Gorinov wurde gemäss Art. 205.2 des russischen Strafgesetzbuchs verurteilt, mit dem die ‚Rechtfertigung von Terrorismus‘ unter Strafe gestellt wird und der weithin zur Unterdrückung des Rechts auf Meinungsfreiheit und freie Meinungsäußerung eingesetzt wird. Die Verurteilung stützte sich auf die Äusserungen von Alexei Gorinov in einem Gespräch mit seinen Mithäftlingen, in dem er lediglich einräumte, dass die Krim ukrainisches Hoheitsgebiet sei und dass die Brigade Asow Teil der ukrainischen Armee sei. Das Gespräch wurde von Alexei Gorinovs Mithäftlingen provoziert und von Strafvollzugsbeamten aufgezeichnet, während er seine frühere Haftstrafe von sechs Jahren und elf Monaten wegen seiner Anti-Kriegs-Äusserungen in einer öffentlichen Sitzung auf kommunaler Ebene verbüsste. Daher ist Roman Vladimirov verantwortlich für schwere Menschenrechtsverletzungen oder Verstösse und für Repressionen gegen die Zivilgesellschaft und die demokratische Opposition in Russland.</p>
49.	<p>Katerina Evgenievna KIRICHENKO Yekaterina Evgenievna KIRICHENKO</p>	<p>Position: Richterin am Bezirksgericht Presnensky, Moskau Geburtsdatum: 1.11.1986 Staatsangehörigkeit: russisch Geschlecht: weiblich</p>	<p>Katerina Kirichenko, Richterin am Bezirksgericht Presnensky in Moskau, war an mehreren politisch motivierten Strafverfolgungsverfahren beteiligt und war für die Verhängung willkürlicher Untersuchungshaft und unverhältnismässig harter Strafen verantwortlich. Im Jahr 2022 beteiligte sich Katerina Kirichenko an der poli-</p>

tisch motivierten Strafverfolgung des damaligen kommunalen Abgeordneten des Bezirks Krasnoselsky in Moskau, Alexei Gorinov, wegen dessen Meinungsäußerung zum Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine in einer öffentlichen Sitzung auf kommunaler Ebene. Sie ordnete an, dass Alexei Gorinov in Untersuchungshaft genommen wurde, ohne auf weniger restriktive Massnahmen wie Hausarrest oder Kaution zurückzugreifen, trotz seiner schwerwiegenden gesundheitlichen Probleme, der schlechten Bedingungen in den Haftanstalten Russlands und der Tatsache, dass er die Hauptpflegeperson für seine chronisch kranke Ehefrau war. Die Arbeitsgruppe der Vereinten Nationen für willkürliche Inhaftierungen stufte die Inhaftierung von Alexei Gorinov als Verstoss gegen die internationalen Menschenrechte und daher als willkürlich ein. Die missbräuchliche Verhängung von Untersuchungshaft durch Katerina Kirichenko in politisch motivierten Verfahren ist auch in anderen Fällen offensichtlich. Sie erliess Haftbefehle gegen mehrere Teilnehmer der Proteste in Moskau im Jahr 2019, obwohl die ihnen zur Last gelegten Anklagepunkte geringfügiger Art waren. Darüber hinaus verurteilte Katerina Kirichenko im Jahr 2022 Daniil Tikhomirov wegen eines Angriffs auf einen Polizeibeamten, nachdem die Polizei Daniil Tikhomirov aufgrund des Schwingens einer Anti-Kriegs-Flagge aus seinem Auto angehalten hatte, zu einer unverhältnismässig harten Strafe von anderthalb Jahren in einem Straf- lager.

			Daher ist Katerina Kirichenko verantwortlich für schwere Menschenrechtsverletzungen und für Repressionen gegen die Zivilgesellschaft und die demokratische Opposition in Russland.
50.	Larisa Tikhonovna MARTYNOVA	Position: Richterin am Stadtgericht Moskau Geburtsdatum: 10.6.1964 Staatsangehörigkeit: russisch Geschlecht: weiblich	Larisa Martynova ist Richterin am Stadtgericht Moskau. Im Jahr 2022 verurteilte Larisa Martynova als Mitglied des Berufungsgremiums der Richter am Stadtgericht Moskau den damaligen kommunalen Abgeordneten des Bezirks Krasnoselsky in Moskau, Alexei Gorinov, aus politisch motivierten Gründen wegen dessen Meinungsäußerung zum Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine zu sechs Jahren und elf Monaten Haft in einem Straflager mit allgemeinem Strafvollzug. Sie stimmte ferner zu, die Öffentlichkeit von den Gerichtsverhandlungen auszuschliessen. Alexei Gorinov wurde gemäss Art. 207.3 des russischen Strafgesetzbuchs verurteilt, mit dem die Verbreitung sogenannter ‚falscher Informationen‘ über die russischen Streitkräfte unter Strafe gestellt wird und der weithin zur Unterdrückung des Rechts auf Meinungsfreiheit und freie Meinungsäußerung eingesetzt wird. Die Verurteilung stützte sich auf die Anti-Kriegs-Aussagen Alexei Gorinovs in einer öffentlichen Sitzung auf kommunaler Ebene. Während der Verbüssung seiner Strafe war Alexei Gorinov Misshandlungen ausgesetzt, einschliesslich unzureichender medizinischer Versorgung trotz seiner schwerwiegenden gesundheitlichen Probleme, längerer Unterbringung in Isolationszellen und Schlafentzug. Das Urteil von Larisa Martynova führte daher nicht nur zur ungerechtfertigten

			<p>Inhaftierung von Alexei Gorinov, sondern auch zu einer grausamen, unmenschlichen und erniedrigenden Behandlung oder Strafe.</p> <p>Daher ist Larisa Martynova verantwortlich für schwere Menschenrechtsverletzungen oder -verstösse und für Repressionen gegen die Zivilgesellschaft und die demokratische Opposition.</p>
51.	Maksim Bronislavovich SOKOLOVSKIY	<p>Position: Ehemaliger Richter am Stadtgericht Moskau, seit dem 10. Mai 2023 Vorsitzender des Bezirksgerichts Khoroshevsky</p> <p>Geburtsdatum: 31.5.1977</p> <p>Staatsangehörigkeit: russisch</p> <p>Geschlecht: männlich</p>	<p>Im Jahr 2022 verurteilte Maksim Sokolovskiy als Vorsitzender Richter des Berufungsgremiums der Richter am Stadtgericht Moskau den damaligen kommunalen Abgeordneten des Bezirks Krasnoselsky in Moskau, Alexei Gorinov, aus politisch motivierten Gründen wegen dessen Meinungsäußerung zum Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine zu sechs Jahren und elf Monaten Haft in einem Straflager mit allgemeinem Strafvollzug. Er ordnete ferner an, die Öffentlichkeit von den Gerichtsverhandlungen auszuschliessen.</p> <p>Alexei Gorinov wurde gemäss Art. 207.3 des russischen Strafgesetzbuchs verurteilt, mit dem die Verbreitung sogenannter ‚falscher Informationen‘ über die russischen Streitkräfte unter Strafe gestellt wird und der weithin zur Unterdrückung des Rechts auf Meinungsfreiheit und freie Meinungsäußerung eingesetzt wird. Die Verurteilung stützte sich auf die Anti-Kriegs-Aussagen Alexei Gorinovs in einer öffentlichen Sitzung auf kommunaler Ebene. Während der Verbüßung seiner Strafe war Alexei Gorinov Misshandlungen ausgesetzt, einschliesslich unzureichender medizinischer Versorgung trotz seiner schwerwiegenden gesundheitlichen Probleme, längerer Unterbringung in Isolationszellen und Schlaf-</p>

			<p>entzug. Das Urteil von Maksim Sokolovskiy führte daher nicht nur zur ungerechtfertigten Inhaftierung von Alexei Gorinov, sondern auch zu einer grausamen, unmenschlichen und erniedrigenden Behandlung oder Strafe.</p> <p>Daher ist Maksim Sokolovskiy verantwortlich für schwere Menschenrechtsverletzungen oder -verstösse und für Repressionen gegen die Zivilgesellschaft und die demokratische Opposition in Russland.</p>
52.	Elena Leonidovna ZHU-RAVLEVA	<p>Position: Richterin am Stadtgericht Moskau</p> <p>Geburtsdatum: 13.10.1976</p> <p>Staatsangehörigkeit: russisch</p> <p>Geschlecht: weiblich</p>	<p>Im Jahr 2022 verurteilte Elena Zhuravleva als Mitglied des Berufungsgremiums der Richter am Stadtgericht Moskau den damaligen kommunalen Abgeordneten des Bezirks Krasnoselsky in Moskau, Alexei Gorinov, aus politisch motivierten Gründen wegen dessen Meinungsäusserung zum Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine zu sechs Jahren und elf Monaten Haft in einem Straflager mit allgemeinem Strafvollzug. Sie stimmte ferner zu, die Öffentlichkeit von den Gerichtsverhandlungen auszuschliessen.</p> <p>Alexei Gorinov wurde gemäss Art. 207.3 des russischen Strafgesetzbuchs verurteilt, mit dem die Verbreitung sogenannter ‚falscher Informationen‘ über die russischen Streitkräfte unter Strafe gestellt wird und der weithin zur Unterdrückung des Rechts auf Meinungsfreiheit und freie Meinungsäusserung eingesetzt wird. Die Verurteilung stützte sich auf die Anti-Kriegs-Aussagen Alexei Gorinovs in einer öffentlichen Sitzung auf kommunaler Ebene. Während der Verbüßung seiner Strafe war Alexei Gorinov Misshandlungen ausgesetzt, einschliesslich unzu-</p>

			<p>reichender medizinischer Versorgung trotz seiner schwerwiegenden gesundheitlichen Probleme, längerer Unterbringung in Isolationszellen und Schlafentzug. Das Urteil von Elena Zhuravleva führte daher nicht nur zur ungerechtfertigten Inhaftierung von Alexei Gorinov, sondern auch zu einer grausamen, unmenschlichen und erniedrigenden Behandlung oder Strafe.</p> <p>Daher ist Elena Zhuravleva verantwortlich für schwere Menschenrechtsverletzungen oder Verstöße und für Repressionen gegen die Zivilgesellschaft und die demokratische Opposition in Russland.</p>
53.	Andrey Viktorovich POLYAKOV	<p>Position: Leiter der Hauptdirektion des Föderalen Strafvollzugsdienstes der Russischen Föderation für die Oblast Rostov, Generalmajor des internen Dienstes Geburtsdatum: 17.6.1970 Staatsangehörigkeit: russisch Geschlecht: männlich Reisepass-Nr.: Serie 1815 Nr. 112026 INN (russische Steuernummer): 343517128461</p>	<p>Andrey Polyakov ist Leiter der Hauptdirektion des Föderalen Strafvollzugsdienstes der Russischen Föderation für die Oblast Rostov, einschliesslich der Untersuchungshaftanstalt in Taganrog (SIZO-2), der Untersuchungshaftanstalt 1 in Rostow am Don (SIZO-1) und der Kolonie Nr. 12 in Kamensk-Schachtinski.</p> <p>In seiner Position ist er für den Schutz der Rechte der Gefangenen und deren Sicherheit sowie für die Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung in den ihm unterstellten Hafteinrichtungen verantwortlich. In den Einrichtungen, die Polyakov unterstehen, wurden ukrainische Gefangene - sowohl zivile als auch militärische - sowie andere Gefangene regelmässig von Wachleuten geschlagen, erlitten gravierenden Nahrungsmangel und hatten kaum bis gar keinen Zugang zu medizinischer Versorgung oder Rechtsbeistand. Während der Vernehmungen waren sie sowohl psychischer als auch physischer Nötigung aus-</p>

			<p>gesetzt, darunter brutale Schläge, Elektroschocks und Drohungen, um sie dazu zu zwingen, mutmassliche Kriegsverbrechen, terroristische Verbrechen oder andere Straftaten zu gestehen. Zu den dokumentierten Fällen von Folter und Misshandlung gehört der Fall der ukrainischen Investigativjournalistin Victoria Volodymyrivna Roshchyna, die im September 2024 infolge von Misshandlungen in der Untersuchungshaftanstalt Nr. 2 der Hauptdirektion des Föderalen Strafvollzugsdienstes für die Oblast Rostov in Taganrog verstorben ist.</p> <p>Daher ist Andrey Polyakov für schwere Menschenrechtsverletzungen, nämlich Folter und andere grausame, unmenschliche oder erniedrigende Behandlung, für Repressionen gegen die Zivilgesellschaft sowie für Aktivitäten, die die Rechtsstaatlichkeit in Russland ernsthaft untergraben, verantwortlich.</p>
54.	Andrey Vadimovich MIKHAILICHENKO	<p>Position: Stellvertretender Direktor für Sicherheit und operative Arbeit der Untersuchungshaftanstalt Nr. 2 der Hauptdirektion des Föderalen Strafvollzugsdienstes für die Oblast Rostov, Russische Föderation</p> <p>Geburtsdatum: 31.3.1992</p> <p>Staatsangehörigkeit: russisch</p> <p>Geschlecht: männlich</p> <p>Reisepass-Nr.: Serie 6012 Nr. 175625</p>	<p>Andrey Mikhailichenko ist stellvertretender Direktor für Sicherheit und operative Arbeit der Untersuchungshaftanstalt Nr. 2 der Hauptdirektion des Föderalen Strafvollzugsdienstes für die Oblast Rostov (SIZO-2) in Taganrog, Russland. Als Mitglied der Führung der SIZO-2 ist Mikhailichenko verantwortlich für die weit verbreitete und systematische Folter und andere grausame, unmenschliche und erniedrigende Behandlung ukrainischer Gefangener - sowohl ziviler als auch militärischer - sowie anderer Gefangener in dieser Anstalt.</p> <p>Gefangene in SIZO-2 werden regelmässig von Wachleuten geschlagen, erleiden gravierenden Nahrungsmangel unterzogen und haben kaum bis gar</p>

		INN (russische Steuernummer): 615490520223	keinen Zugang zu medizinischer Versorgung oder Rechtsbeistand. Während der Vernehmungen sind die Gefangenen sowohl psychischer als auch physischer Nötigung ausgesetzt, darunter brutale Schläge, Elektroschocks und Drohungen, um sie dazu zu zwingen, mutmassliche Kriegsverbrechen, terroristische Verbrechen oder andere Straftaten zu gestehen, was dazu dienen soll, den Widerstand gegen die Aggression Russlands gegen die Ukraine zu brechen. Diese Behandlung stellt eine schwere Menschenrechtsverletzung bzw. einen schweren Verstoss gegen die Menschenrechte und einen Verstoss gegen den Grundsatz der Rechtsstaatlichkeit dar. Mindestens 15 Gefangene sind infolge von Misshandlungen in der Anstalt verstorben, darunter die ukrainische Investigativjournalistin Victoria Volodymyrivna Roshchyna. Als stellvertretender Direktor für Sicherheit und operative Arbeit der SIZO-2 trägt Andrey Vadimovich Mikhailichenko die Verantwortung für den Betrieb der Anlage. Er ist daher für schwere Menschenrechtsverletzungen, Repressionen gegen die Zivilgesellschaft und für Aktivitäten, die die Rechtsstaatlichkeit in Russland ernsthaft untergraben, verantwortlich.
55.	Andrey Sergeevich SAPITSKIY	Position: Stellvertretender Direktor für Personal und Anliegen der Erziehungsarbeit der Untersuchungshaftanstalt Nr. 2 der Hauptdirektion des Föderalen Strafvollzugsdienstes für die Oblast Rostov,	Andrey Sapitskiy ist stellvertretender Direktor für Personal und Anliegen der Erziehungsarbeit der Untersuchungshaftanstalt Nr. 2 der Hauptdirektion des Föderalen Strafvollzugsdienstes für die Oblast Rostov (SIZO-2) in Taganrog, Russland. Als Mitglied der Führung der SIZO-2 ist Sapitskiy verantwortlich für die weit verbreitete und systematische Folter und andere

		<p>Russische Föderation Staatsangehörigkeit: russisch Geschlecht: männlich</p>	<p>grausame, unmenschliche und erniedrigende Behandlung ukrainischer Gefangener - sowohl ziviler als auch militärischer sowie anderer Gefangener in der Anstalt.</p> <p>Gefangene in SIZO-2 werden regelmässig von Wachleuten geschlagen, erleiden gravierenden Nahrungsmangel und haben kaum bis gar keinen Zugang zu medizinischer Versorgung oder Rechtsbeistand. Während der Vernehmungen waren die Gefangenen sowohl psychischer als auch physischer Nötigung ausgesetzt, darunter brutale Schläge, Elektroschocks und Drohungen, um sie dazu zu zwingen, mutmassliche Kriegsverbrechen, terroristische Verbrechen oder andere Straftaten zu gestehen, was dazu dienen soll, den Widerstand gegen die Aggression Russlands gegen die Ukraine zu brechen. Diese Behandlung stellt eine schwere Menschenrechtsverletzung bzw. einen schweren Verstoss gegen die Menschenrechte und einen Verstoss gegen den Grundsatz der Rechtsstaatlichkeit dar. Mindestens 15 Gefangene sind infolge von Misshandlungen in der Anstalt verstorben, darunter die ukrainische Investigativjournalistin Victoria Volodymyrivna Roshchyna.</p> <p>Als stellvertretender Direktor für Personal und Anliegen der Erziehungsarbeit der SIZO-2 trägt Andrey Sapitskiy die Verantwortung für den Betrieb der Anlage. Er ist daher für schwere Menschenrechtsverletzungen, Repressionen gegen die Zivilgesellschaft und Aktivitäten, die die Rechtsstaatlichkeit in Russland ernsthaft untergraben, verantwortlich.</p>
--	--	--	---

56.	Aleksandr Aleksandrovich SHTODA	<p>Position: Direktor der Untersuchungshaftanstalt Nr. 2 der Hauptdirektion des Föderalen Strafvollzugsdienstes für die Oblast Rostov, Russische Föderation</p> <p>Geburtsdatum: 19.11.1980</p> <p>Staatsangehörigkeit: russisch</p> <p>Reisepass-Nr.: Serie 6001 Nr. 419633</p> <p>INN (russische Steuernummer): 611903638423</p>	<p>Aleksander Shtoda ist Direktor der Untersuchungshaftanstalt Nr. 2 der Hauptdirektion des Föderalen Strafvollzugsdienstes für die Oblast Rostov (SIZO-2) in Taganrog, Russland. Shtoda ist verantwortlich für die weit verbreitete und systematische Folter und andere grausame, unmenschliche und erniedrigende Behandlung ukrainischer Gefangener - sowohl ziviler als auch militärischer - sowie anderer Gefangener in der Anstalt unter seiner Führung. Gefangene in SIZO-2 werden regelmässig von Wachleuten geschlagen, erleiden gravierenden Nahrungsmangel und haben kaum bis gar keinen Zugang zu medizinischer Versorgung oder Rechtsbeistand. Während der Vernehmungen waren die Gefangenen sowohl psychischer als auch physischer Nötigung ausgesetzt, darunter brutale Schläge, Elektroschocks und Drohungen, um sie dazu zu zwingen, mutmassliche Kriegsverbrechen, terroristische Verbrechen oder andere Straftaten zu gestehen, was dazu dienen soll, den Widerstand gegen die Aggression Russlands gegen die Ukraine zu brechen. Diese Behandlung stellt eine schwere Menschenrechtsverletzung bzw. einen schweren Verstoss gegen die Menschenrechte und einen Verstoss gegen den Grundsatz der Rechtsstaatlichkeit dar. Mindestens 15 Gefangene sind infolge von Misshandlungen in der Anstalt verstorben, darunter die ukrainische Investigativjournalistin Victoria Volodymyrivna Roshchyna.</p> <p>Als Direktor von SIZO-2 ist Aleksander Alexandrovich Shtoda für den Betrieb der Anlage verantwortlich. Er ist daher für schwere Menschen-</p>
-----	---------------------------------	--	---

			rechtsverletzungen, Repressionen gegen die Zivilgesellschaft und Aktivitäten, die die Rechtsstaatlichkeit in Russland ernsthaft untergraben, verantwortlich.
57.	Timur Savelevich VAKHRAMEEV	Position: Richter am Bezirksgericht Basmanny, Moskau Ehemaliger Richter (Friedensrichter) im Bezirk Tagansky in Moskau Geburtsdatum: 13.5.1990 Staatsangehörigkeit: russisch Geschlecht: männlich	Timur Vakhrameev, Richter am Bezirksgericht Basmanny in Russland, war an einer Reihe politisch motivierter Strafverfolgungsverfahren beteiligt, indem gegen mehrere Personen unverhältnismässig harte Strafen verhängt wurden und die Inhaftierung anderer verlängert wurde. Richter Vakhrameev beteiligte sich an der ungerechtfertigten und politisch motivierten Strafverfolgung der Journalisten Kirill Martynov und Dmitry Kolezev sowie der Aktivistin Lyusya Shtein, indem er sie zu mehreren Jahren Haft verurteilte, mit dem Ziel, den unabhängigen Journalismus und die Zivilgesellschaft in Russland zum Schweigen zu bringen. Er verlängerte ferner die Untersuchungshaft der Rechtsanwälte Vadim Kobzev und Alexey Liptser sowie der Journalisten Konstantin Gabov und Sergei Karelin in politisch motivierten Fällen im Zusammenhang mit dem harten Vorgehen gegen Personen, die mit der Antikorruptionsstiftung oder Alexei Nawalny selbst in Verbindung stehen. Darüber hinaus verlängerte er die Untersuchungshaft von Grigory Melkonyants, dem Ko-Vorsitzenden der Golos-Bewegung, der wichtigsten Initiative Russlands für unabhängige Wahlbeobachtungen, in einem offensichtlichen Versuch, zusätzlichen Druck auf die Überwachung der öffentlichen Wahlen im Land auszuüben. In allen oben genannten Fällen wurden kontroverse Artikel des

			<p>russischen Strafgesetzbuchs über unerwünschte Organisationen, die Diskreditierung der russischen Armee oder Extremismus angewandt.</p> <p>Darüber hinaus spielte Timur Vakhrameev als Friedensrichter im Bezirk Tagansky in Moskau Anfang 2023 eine aktive Rolle bei der Bestrafung internationaler Unternehmen wie Wikimedia und Google, die Sachinformationen über den Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine nicht entfernt hatten.</p> <p>Daher ist Timur Vakhrameev für schwere Menschenrechtsverletzungen, Repressionen gegen die Zivilgesellschaft und die demokratische Opposition sowie für Aktivitäten, die die Demokratie und die Rechtsstaatlichkeit in Russland ernsthaft untergraben, verantwortlich.</p>
58.	Artemy Alexeevich TELMINOV	<p>Position: Ermittler beim Ermittlungsausschuss der Russischen Föderation</p> <p>Geburtsdatum: 30.12.1994</p> <p>Staatsangehörigkeit: russisch</p> <p>Geschlecht: männlich</p>	<p>Artemy Telminov ist Ermittler beim Ermittlungsausschuss der Russischen Föderation und war an einer Reihe politisch motivierter Strafverfolgungen von Personen beteiligt, die mit Alexei Nawalny in Verbindung stehen, einschliesslich der Journalisten Antonina Favorskaya, Olga Komleva, Konstantin Gabov und Sergey Karelin sowie der Rechtsanwälte Vadim Kobzev, Alexei Liptser und Igor Sergunin. Indem er sich für die Verhängung oder Verlängerung ihrer Inhaftierung eingesetzt hat, hat er aktiv zu den Bemühungen des russischen Regimes beigetragen, abweichende Meinungen innerhalb des Landes zu unterdrücken.</p> <p>Gegen alle oben genannten Personen wurde ermittelt und sie wurden anschliessend wegen Beteiligung an einer extremistischen Gemeinschaft oder Organisation oder wegen Beteiligung</p>

			<p>an deren Aktivitäten angeklagt. Tatsächlich lag diesen Anschuldigungen ausschliesslich rechtmässiges Handeln dieser Personen - während sie mit Alexey Nawalny und seiner Antikorruptionstiftung in Verbindung standen - zugrunde. Der Missbrauch von Gesetzgebung im Zusammenhang mit Terrorismus und Extremismus zur Unterdrückung der politischen Opposition und der friedlichen Bemühungen der Zivilgesellschaft im Zusammenhang mit Nawalny ist in Russland zu einer weit verbreiteten Praxis geworden. Alle oben genannten Fälle weisen ein beständiges Muster der politisch motivierten Strafverfolgung auf, einschliesslich einer längeren Untersuchungshaft und in einigen Fällen nicht öffentlicher Gerichtsverfahren.</p> <p>Artemy Telminovs aktive Rolle bei der Organisation der ungerechtfertigten Strafverfolgung von Antonina Favorskaya, Olga Komleva, Konstantin Gabov, Sergey Karelin, Vadim Kobzev, Alexei Liptser und Igor Sergunin stellt eine schwere Menschenrechtsverletzung dar. Daher ist er unmittelbar verantwortlich für schwere Menschenrechtsverletzungen und für Repressionen gegen die Zivilgesellschaft und die demokratische Opposition in Russland.</p>
59.	Boris Ashirbaevich KOZHEVNIKOV	<p>Position: Stellvertretender Vorsitzender des russischen Militärberufungsgerichts Geburtsdatum: 31.8.1964 Staatsangehörigkeit: russisch Geschlecht: männlich</p>	<p>Boris Kozhevnikov ist stellvertretender Vorsitzender des russischen Militärberufungsgerichts. Als stellvertretender Vorsitzender des russischen Militärberufungsgerichts wies Boris Kozhevnikov die Berufung von Alexei Gorinov, einem ehemaligen kommunalen Abgeordneten des Bezirks Krasnoselsky in Moskau, gegen ein politisch motiviertes Urteil ab. In einem</p>

			<p>mit einem Verfahrensfehler behafteten Gerichtsverfahren wurde Alexei Gorinov gemäss Art. 205.2 des russischen Strafgesetzbuchs wegen ‚Rechtfertigung von Terrorismus‘ zu drei Jahren Haft in einem Straflager mit strengen Haftbedingungen verurteilt. Das Urteil gegen Alexei Gorinov stützte sich auf Äusserungen, die er in einem Gespräch mit seinen Mithäftlingen getätigt hatte, in dem er vermeintlich einräumte, dass die Krim ukrainisches Hoheitsgebiet sei und die Brigade Asow Teil der ukrainischen Armee sei. Darüber hinaus bestätigte Kozhevnikov die Haftstrafen für Andrei Boyarshinov, Ibragim Orudzhiev, Alexei Nuriev und Roman Nasryev aus politisch motivierten Gründen in vermeintlich terrorismusbezogenen Fällen.</p> <p>Daher ist Boris Kozhevnikov für schwere Menschenrechtsverletzungen, einschliesslich der Verletzung des Rechts auf Meinungsfreiheit und freie Meinungsäusserung, für Repressionen gegen die Zivilgesellschaft und die demokratische Opposition sowie für Aktivitäten, die die Rechtsstaatlichkeit in Russland ernsthaft untergraben, verantwortlich.</p>
60.	Maxim Alexandrovich PANIN	<p>Position: Richter am russischen Militärberufungsgericht (Spruchkörper für Strafsachen)</p> <p>Geburtsdatum: 22.2.1982</p> <p>Staatsangehörigkeit: russisch</p> <p>Geschlecht: männlich</p>	<p>Maksim Panin ist Richter am russischen Militärberufungsgericht.</p> <p>Als Mitglied des russischen Militärberufungsgericht wies Maksim Panin die Berufung von Alexei Gorinov, einem ehemaligen kommunalen Abgeordneten des Bezirks Krasnoselsky in Moskau, gegen ein politisch motiviertes Urteil ab. In einem mit einem Verfahrensfehler behafteten Gerichtsverfahren wurde Alexei Gorinov gemäss</p>

Art. 205.2 des russischen Strafgesetzbuchs wegen ‚Rechtfertigung von Terrorismus‘ zu drei Jahren Haft in einem Straflager mit strengen Haftbedingungen verurteilt. Das Urteil gegen Alexei Gorinov stützte sich auf Äusserungen, die er in einem Gespräch mit seinen Mithäftlingen getätigt hatte, in dem er vermeintlich einräumte, dass die Krim ukrainisches Hoheitsgebiet sei und die Brigade Asow Teil der ukrainischen Armee sei. Darüber hinaus beteiligte sich Panin an der politisch motivierten Strafverfolgung anderer Personen. Als Mitglied des Berufungsgremiums bestätigte er die Verurteilung von Elena Kote-nochkina, die aufgrund eines Postings in den sozialen Medien der ‚Rechtfertigung von Terrorismus‘ beschuldigt und in Abwesenheit zu sechs Jahren und elf Monaten in einem Straflager verurteilt wurde. Panin bestätigte ferner die Verlängerung der Haftdauer in den Fällen von Polina Yevtushenko, die wegen der Verbreitung ‚falscher Informationen‘ über die russische Armee und der ‚Rehabilitierung der Nazi-Ideologie‘ strafrechtlich verfolgt wurde, sowie Enver Krosh, Rinat Aliev und Vilen Temeryanov, Krimtataren, die wegen ihrer mutmasslichen Beteiligung an einer in Russland verbotenen islamischen Gruppe strafrechtlich verfolgt wurden. Daher ist Maksim Panin für schwere Menschenrechtsverletzungen, einschliesslich der Verletzung des Rechts auf Meinungsfreiheit und freie Meinungsäusserung, für Repressionen gegen die Zivilgesellschaft und die demokratische Opposition sowie für Aktivitäten, die die Rechtsstaatlichkeit in Russ-

			land ernsthaft untergraben, verantwortlich.
61.	Marina Viktorovna USHAKOVA	Position: Richterin am russischen Militärberufungsgericht (Spruchkörper für Strafsachen) Geburtsdatum: 2.5.1979 Staatsangehörigkeit: russisch Geschlecht: weiblich	Marina Ushakova ist Richterin am russischen Militärberufungsgericht. Als Mitglied des Berufungsgremiums der Richter des Militärberufungsgerichts von Russland wies Marina Ushakova die Berufung von Alexei Gorinov, einem ehemaligen kommunalen Abgeordneten des Bezirks Krasnoselsky in Moskau, gegen ein politisch motiviertes Urteil ab. In einem mit einem Verfahrensfehler behafteten Gerichtsverfahren wurde Alexei Gorinov gemäss Art. 205.2 des russischen Strafgesetzbuchs wegen ‚Rechtfertigung von Terrorismus‘ zu drei Jahren Haft in einem Straflager mit strengen Haftbedingungen verurteilt. Das Urteil gegen Alexei Gorinov stützte sich auf Äusserungen, die er in einem Gespräch mit seinen Mitgefangenen getätigt hatte, in dem er vermeintlich einräumte, dass die Krim ukrainisches Hoheitsgebiet sei und die Brigade Asow Teil der ukrainischen Armee sei. Darüber hinaus bestätigte Ushakova die Verurteilungen von Nikita Tushkanov, Daniil Bondarenko und Stanislav Shevchenko aus politisch motivierten Gründen wegen der ‚Rechtfertigung von Terrorismus‘ in deren Erklärungen in den sozialen Medien oder in privaten Gesprächen, insbesondere in Bezug auf die Explosion der Krimbrücke. Daher ist Marina Ushakova für schwere Menschenrechtsverletzungen, einschliesslich der Verletzung des Rechts auf Meinungsfreiheit und freie Meinungsäusserung, für Repressionen gegen die Zivilgesellschaft und die demokratische Opposi-

			tion sowie für Aktivitäten, die die Rechtsstaatlichkeit in Russland ernsthaft untergraben, verantwortlich.
62.	Svetlana Sergeevna RYGALOVA	Position: Staatsanwältin der Abteilung Strafrecht der Staatsanwaltschaft der Region Vladimir, Junior-Justizberaterin Staatsangehörigkeit: russisch Geschlecht: weiblich	Svetlana Rygalova, Staatsanwältin der Staatsanwaltschaft der Region Vladimir, beteiligte sich an der politisch motivierten Strafverfolgung von Alexei Gorinov, einem ehemaligen kommunalen Abgeordneten des Bezirks Krasnoselsky in Moskau, wegen dessen Meinungsäußerung zum Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine. Staatsanwältin Rygalova genehmigte die Anklageschrift in einem Strafverfahren und leitete die Strafverfolgung von Alexei Gorinov gemäss Art. 205.2 des russischen Strafgesetzbuchs wegen ‚Rechtfertigung von Terrorismus‘ und schlug vor, ihn zu dreieinhalb Jahren Haft zu verurteilen. Die Strafverfolgung stützte sich auf Äusserungen, die Gorinov in einem Gespräch mit seinen Mithäftlingen getätigt hatte, in dem er vermeintlich einräumte, dass die Krim ukrainisches Hoheitsgebiet sei und die Brigade Asow Teil der ukrainischen Armee sei. Auf der Grundlage der Anklageschrift von Rygalova wurde Gorinov zu drei Jahren Haft verurteilt. Daher ist Svetlana Rygalova für schwere Menschenrechtsverletzungen, einschliesslich der Verletzung des Rechts auf Meinungsfreiheit und freie Meinungsäußerung, für Repressionen gegen die Zivilgesellschaft und die demokratische Opposition sowie für Aktivitäten, die die Rechtsstaatlichkeit in Russland ernsthaft untergraben, verantwortlich.

63.	Dmitry Sergejevich GORDEEV	Position: Richter am Stadtgericht Moskau Geburtsdatum: 9.8.1983 Staatsangehörig- keit: russisch Geschlecht: männ- lich	Dmitry Gordeev ist Richter am Stadtgericht Moskau und war zuvor Richter am Bezirksgericht Tverskoy in der Stadt Moskau. Dmitry Gordeev hat wiederholt politisch motivierte Urteile gegen Oppositionelle und Menschenrechtsverteidiger erlassen. Sein richterliches Verhalten zeigt, dass grundlegende Standards einer unparteiischen Justiz systematisch missachtet werden. Er weigert sich regelmässig, entlastende Beweise zu prüfen, einschliesslich Videoaufzeichnungen, die im Widerspruch zu den Behauptungen der Polizei stehen, und akzeptiert stets ungeprüfte oder kopierte Polizeiberichte seiner ehemaligen Kollegen und offenbart Voreingenommenheit, Interessenkonflikte und mangelnde richterliche Unabhängigkeit. Seine Urteile bilden ein erkennbares, politisch motiviertes Muster, das mit den Interessen der russischen Sicherheitsdienste im Einklang steht. Seine Rolle wurde als Teil einer ‚Repressionsmaschinerie‘ beschrieben, die ohne Misserfolge funktionieren muss, was seine zentrale Funktion bei der Umsetzung politisch motivierter Strafverfolgung unterstreicht. Durch seine wiederholten Handlungen hat Gordeev die Zivilgesellschaft, die demokratische Opposition und Menschenrechtsverteidiger unterdrückt, die Unabhängigkeit der Justiz und die Rechtsstaatlichkeit untergraben und politisch motivierte Strafverfolgungen aktiv erleichtert. Seine Entscheidungen unterstützen und ermöglichen den fortgesetzten Betrieb des repressiven Staatsapparats Russlands materiell. Daher ist Dmitry Gordeev verantwortlich für schwere Menschenrechtsverletzungen, für
-----	-------------------------------	--	---

			Repressionen gegen die Zivilgesellschaft und die demokratische Opposition sowie für Handlungen, die die Demokratie und die Rechtsstaatlichkeit in Russland ernsthaft untergraben.
64.	Lyudmila BALANDINA	Position: Staatsanwältin Geburtsdatum: 16.11.1984 Staatsangehörigkeit: russisch Geschlecht: weiblich	<p>Lyudmila Balandina ist eine Staatsanwältin, die in mehreren prominenten Fällen, die durch schwere Menschenrechtsverletzungen und Repressionen gegen Personen gekennzeichnet waren, die den russischen Behörden kritisch gegenüberstehen oder die Ukraine unterstützen, eine Schlüsselrolle gespielt hat.</p> <p>Lyudmila Balandina hat ihre Position als Staatsanwältin systematisch missbraucht, um politisch motivierte Anklagen zu erheben, ideologische Rhetorik im Einklang mit der Propaganda des Kreml einzusetzen und übermässige Strafen für friedliche Meinungsäusserungen zu erwirken. Ihr Verhalten zeigt die anhaltenden und bewussten Bemühungen, die Zivilgesellschaft zu unterdrücken, abweichende Meinungen zum Schweigen zu bringen und staatliche Narrative zu legitimieren, die Kritik an der russischen Regierung oder Unterstützung für die Ukraine mit Extremismus oder Terrorismus gleichsetzen.</p> <p>Durch die Einleitung und Aufrechterhaltung solcher Strafverfolgungsmassnahmen ist Lyudmila Balandina unmittelbar an schweren Menschenrechtsverletzungen und -verstössen beteiligt gewesen, einschliesslich Verstössen gegen das Recht auf freie Meinungsäusserung, das Recht auf ein faires Verfahren und das Verbot willkürlicher Strafverfolgung, wie sie im Internationalen Pakt über bürgerliche und politische Rechte und in der Europäi-</p>

			<p>schen Menschenrechtskonvention geschützt sind.</p> <p>Die Handlungen von Lyudmila Balandina untergraben die Demokratie und die Rechtsstaatlichkeit in Russland ernsthaft, indem sie das Justizsystem zu einem Instrument der politischen Verfolgung machen und zu dem umfassenderen Muster staatlicher Repressionen gegen Journalisten, Kulturschaffende und Oppositionsvertreter beitragen.</p> <p>Daher ist Lyudmila Balandina verantwortlich für schwere Menschenrechtsverletzungen, für Repressionen gegen die Zivilgesellschaft und die demokratische Opposition sowie für Handlungen, die die Demokratie und die Rechtsstaatlichkeit in Russland ernsthaft untergraben.</p>
65.	Aleksei Vasilyevich VALIZER	<p>Position: Leiter des Straflagers 10 UFSIN in Altai Krai</p> <p>Geburtsdatum: 7.9.1982</p> <p>Staatsangehörigkeit: russisch</p> <p>Geschlecht: männlich</p>	<p>Aleksei Valizer ist Leiter des Straflagers 10 UFSIN in Altai Krai. Aleksei Gorinov ist seit dem 17. Juli 2025 Gefangener in diesem Lager. Aleksei Gorinov wurde wegen der öffentlichen Verbreitung ‚wissentlich falscher Informationen‘ über die russischen Streitkräfte zu sechs Jahren und elf Monaten Haft sowie anschliessend zu drei Jahren Haft wegen ‚öffentlicher Rechtfertigung von Terrorismus‘ verurteilt. Das Programm ‚Support for Political Prisoners‘ von Memorial hat ihn als politischen Gefangenen anerkannt. Bei Verbüßung einer Haftstrafe im Straflager wurde Gorinov unverzüglich in eine Einzelzelle gesperrt, wo er keine medizinische Behandlung erhielt, obwohl bei ihm zuvor Tuberkulosesymptome diagnostiziert worden waren. Diese Strafe wurde mehrmals automatisch aus weit hergeholtten Gründen verlängert, darunter: ‚Hände nicht hinter dem</p>

			<p>Rücken gehalten' und ‚Brille und Briefe auf dem Nachttisch abgelegt'. Als Leiter des Straflagers ist Valizer für die Behandlung von Gorinov in diesem Lager verantwortlich.</p> <p>Daher ist Aleksei Valizer verantwortlich für schwere Menschenrechtsverletzungen und -verstöße und für Repressionen gegen die Zivilgesellschaft und die demokratische Opposition.</p>
66.	Anton Vladimirovich RYCHAR	<p>Position: Leiter der Untersuchungshaftanstalt 1 UFSIN in der Jüdischen Autonomen Oblast</p> <p>Geburtsdatum: 9.1.1985</p> <p>Staatsangehörigkeit: russisch</p> <p>Geschlecht: männlich</p>	<p>Anton Rychar ist Leiter der Untersuchungshaftanstalt 1 UFSIN in der Jüdischen Autonomen Oblast. Der Musiker Pavel Kushnir, der sich gegen den Krieg ausgesprochen hatte, wurde von Mai 2024 bis zu seinem Tod am 28. Juli 2025 in dieser Haftanstalt gefangen gehalten. Aufgrund seiner Äußerungen gegen die russischen Behörden wurde er wegen ‚öffentlicher Aufrufe zum Terrorismus‘ angeklagt. Während seiner Haft trat er in einen trockenen Hungerstreik. Laut Zeugnisaussagen verlor er etwa 10 Kilogramm an Gewicht und sah ‚wie ein Skelett‘ aus. Anderen Quellen zufolge wurde Kushnir in der Haft von seinen Mitgefangenen geschlagen. Ein Zeuge sah auch einen Bluterguss in Kushnirs Gesicht. Anton Rychar ist für die Haftbedingungen von Kushnir verantwortlich, die zu seinem Tod aufgrund unzureichender medizinischer Behandlung führten.</p> <p>Daher ist Anton Rychar verantwortlich für schwere Menschenrechtsverletzungen und -verstöße und für Repressionen gegen die Zivilgesellschaft und die demokratische Opposition.</p>
67.	Maksim Aleksandrovich PRILEPSKY	<p>Position: Leiter des Straflagers 5 UFSIN in der</p>	<p>Maksim Prilepsky ist Leiter des Straflagers 5 UFSIN in der Oryol Oblast. Mikhail Kriger ist</p>

		<p>Oryol Oblast Geburtsdatum: 30.10.1976 Staatsangehörigkeit: russisch Geschlecht: männlich</p>	<p>Gefangener in diesem Lager. Am 17. Mai 2023 wurde er aufgrund politisch motivierter Anklagen wegen ‚öffentlicher Rechtfertigung von Terrorismus‘ und ‚öffentlicher Aufstachelung zu Hass und Feindseligkeit gegen eine soziale Gruppe mit Gewaltandrohung‘ zu sieben Jahren Haft verurteilt. Das Programm ‚Support for Political Prisoners‘ von Memorial hat ihn als politischen Gefangenen anerkannt. Während der Verbüßung seiner Strafe im Straflager wurde Kriger wiederholt unter harten Bedingungen in Einzelhaft genommen, da er angeblich von anderen Häftlingen bedroht wurde. Menschenrechtsverteidigern und Kriger zufolge handelte es sich dabei jedoch um einen weit hergeholt Grund und die Isolation war durch den politischen Charakter seines Falls bedingt. Kriger wurde für einen Zeitraum von 90 Tagen in Einzelhaft genommen und durfte weder Besuch von Verwandten noch Briefe von ausserhalb des Straflagers erhalten. Infolgedessen trat Kriger 51 Tage lang in den Hungerstreik. Als Leiter des Straflagers ist Prilepsy für die Behandlung von Kriger in diesem Lager verantwortlich. Daher ist Maksim Prilepsy verantwortlich für schwere Menschenrechtsverletzungen und -verstöße und für Repressionen gegen die Zivilgesellschaft und die demokratische Opposition.</p>
68.	Vyacheslav Nikolaevich PISKLOV	<p>Position: Leiter des Straflagers 9 UFSIN in Altai Krai Geburtsdatum: 15.8.1985 Staatsangehörigkeit: russisch</p>	<p>Vyacheslav Pisklov ist Leiter des Straflagers 9 UFSIN in Altai Krai. Maria Ponomarenko war Gefangene in diesem Lager. Am 15. Februar 2023 wurde sie wegen Verbreitung ‚falscher Informationen‘ über die russischen Streitkräfte zu sechs</p>

		Geschlecht: männlich	<p>Jahren Haft verurteilt. Während ihrer Haft im März 2025 wurde sie wegen mutmasslicher Gewaltanwendung gegen Gefängnispersonal zu weiteren 22 Monaten Haft verurteilt. Das Programm ‚Support for Political Prisoners‘ von Memorial hat sie als politische Gefangene anerkannt. Während der Verbüßung einer Strafe im Straflager wurde Ponomarenko misshandelt; dabei wurde sie unter anderem wiederholt aus weit hergeholten Gründen unter harten Bedingungen in Einzelhaft genommen und ihr wurde eine medizinische Behandlung verwehrt. Dies führte zu ihrem Zusammenbruch und daraufhin zu drei Selbstmordversuchen, wovon zwei im Straflager erfolgten. Als Leiter des Straflagers ist Pisklov für die Behandlung von Ponomarenko in diesem Lager verantwortlich.</p> <p>Daher ist Vyacheslav Pisklov verantwortlich für schwere Menschenrechtsverletzungen und -verstöße und für Repressionen gegen die Zivilgesellschaft und die demokratische Opposition</p>
69.	Sergei Vladimirovich FILICHEV	<p>Position: Staatsanwalt am Bezirksgericht Lomonosovsky von Sankt Petersburg Geburtsdatum: 1984 Staatsangehörigkeit: russisch Geschlecht: männlich</p>	<p>Als Staatsanwalt am Bezirksgericht Lomonosovsky von Sankt Petersburg forderte Sergei Filichev aus politisch motivierten Gründen eine zweieinhalbjährige Haftstrafe für den Unternehmer und Lokalpolitiker Dmitry Nikolaevich Skurikhin wegen ‚Diskreditierung‘ der russischen Streitkräfte. Skurikhin hatte wiederholt seine Haltung gegen den Krieg und gegen die Mobilisierung öffentlich zum Ausdruck gebracht.</p> <p>Daher ist Sergei Filichev verantwortlich für schwere Menschenrechtsverletzungen, insbesondere des Rechts auf Meinungsfreiheit und freie Meinungsäu-</p>

			serung, und für Repressionen gegen die demokratische Opposition in Russland.
70.	Eva Alexandrovna GIUNTER	Position: Richterin am Bezirksgericht Moskovsky von Sankt Petersburg Geburtsdatum: 17.12.1974 Staatsangehörigkeit: russisch Geschlecht: weiblich Inlandspassnummer: 3299205055 Ausstellungsdatum: 24.2.2000	Als Richterin am Bezirksgericht Moskovsky von Sankt Petersburg verurteilte Eva Giunter den Witwer Oleg Vasilievich Belousov, dessen erwachsener Sohn eine geistige Behinderung hat und von ihm abhängig ist, aus politisch motivierten Gründen zu fünfzehn Jahren Haft wegen Verbreitung ‚falscher Informationen‘ über die russischen Streitkräfte und ‚öffentlicher Aufrufe zum Extremismus‘. Ausserdem erlegte Giunter Belousov ein vierjähriges Verbot der Veröffentlichung von Material in Telekommunikationsnetzen, einschliesslich des Internets, auf. Oleg Belousov wurde am 28. Juni 2022 wegen Veröffentlichung von Antikriegsmaterial auf der Social-Media-Plattform VK festgenommen. Daher ist Eva Giunter verantwortlich für schwere Menschenrechtsverletzungen, insbesondere des Rechts auf Meinungsfreiheit und freie Meinungsäusserung, und für Repressionen gegen die Zivilgesellschaft in Russland.
71.	Ilya Alekseevich PLESHKOV	Position: leitender Ermittlungsbeamter des Bezirks Moskovsky von Sankt Petersburg Geburtsdatum: 1993 Staatsangehörigkeit: russisch Geschlecht: männlich	Als leitender Ermittlungsbeamter in der Ermittlungsabteilung des Bezirks Moskovsky von Sankt Petersburg leitete Ilya Pleshkov die Ermittlungen gegen den Witwer Oleg Belousov, dessen erwachsener Sohn eine geistige Behinderung hat und von ihm abhängig ist, aus politisch motivierten Gründen wegen Verbreitung ‚falscher Informationen‘ über die russischen Streitkräfte. Oleg Belousov wurde am 28. Juni 2022 wegen Veröffentlichung

			<p>von Antikriegsmaterial auf der Social-Media-Plattform VK festgenommen. Belousov wurde zu fünfzehn Jahren Haft verurteilt und erhielt ein vierjähriges Verbot, Material auf Telekommunikationskanälen zu veröffentlichen.</p> <p>Daher ist Ilya Pleshkov verantwortlich für schwere Menschenrechtsverletzungen, insbesondere des Rechts auf Meinungsfreiheit und freie Meinungsäußerung, und für Repressionen gegen die Zivilgesellschaft in Russland.</p>
72.	Andrey Pavlovich SHIBAKOV	<p>Position: Richter am Bezirksgericht Lomonosovsky der Region Leningrad, Sankt Petersburg</p> <p>Geburtsdatum: 30.12.1969</p> <p>Staatsangehörigkeit: russisch</p> <p>Geschlecht: männlich</p> <p>Inlandspassnummer: 4001793958</p>	<p>Als Richter am Bezirksgericht Lomonosovsky von Sankt Petersburg verurteilte Andrey Shibakov den Unternehmer und Lokalpolitiker Dmitry Nikolaeovich Skurikhin aus politischen Gründen wegen „Diskreditierung“ der russischen Streitkräfte zu anderthalb Jahren Haft. Skurikhin hatte wiederholt seine Haltung gegen den Krieg und gegen die Mobilisierung öffentlich zum Ausdruck gebracht.</p> <p>Daher ist Andrey Shibakov verantwortlich für schwere Menschenrechtsverletzungen, insbesondere des Rechts auf Meinungsfreiheit und freie Meinungsäußerung, und für Repressionen gegen die Zivilgesellschaft und die demokratische Opposition in Russland.</p>

B. Unternehmen und Organisationen

	Name	Angaben zur Identität	Begründung
1.	FEDERAL PENITENTIARY SERVICE OF THE RUSSIAN FEDERATION (FÖDERALER STRAFVOLLZUGSDIENST DER RUSSI-	<p>Anschrift: Zhitnaya Street 14 Yakimanka District, Central Administrative Okrug, Moscow</p>	<p>Der Föderale Strafvollzugsdienst der Russischen Föderation (FSIN) ist eine föderale Agentur unter der Aufsicht des Justizministeriums Russlands. Er ist die föderale Behörde für die Festnahme von Verdächtigen und die</p>

<p>SCHEN FÖDERATION) (FSIN)</p>	<p>Website: http://www.fsin.su/eng</p>	<p>Inhaftierung von Verurteilten, zuständig für die Sicherheit und Instandhaltung von Haftanstalten in Russland, die Beförderung von Gefangenen und für Rehabilitierungsprogramme. In dieser Eigenschaft ist der FSIN die zentrale Behörde, die das russische Strafvollzugssystem verwaltet, das dafür bekannt ist, in grossem Umfang und systematisch politische Gefangene in Russland auszunutzen und zu misshandeln. Als föderale Agentur ist der FSIN zuständig für die Straflager, in denen der russische Oppositionspolitiker Alexej Nawalny aus politisch motivierten Gründen festgehalten wurde und wo er letztendlich am 16. Februar 2024 verstarb. Während seiner Inhaftierung erlitt Alexej Nawalny Misshandlungen, darunter Isolationshaft in einer Strafzelle und grausame, unmenschliche und erniedrigende Behandlung, die zu einer gravierenden Verschlechterung seines Gesundheitszustands führten. Es werden noch weitere politische Gefangene unter ähnlich harten Haftbedingungen im russischen Strafvollzugssystem festgehalten und Missbrauch und Misshandlungen ausgesetzt, um sie physisch und psychisch zu brechen. Daher ist der FSIN für schwere Menschenrechtsverletzungen in Russland verantwortlich, darunter Folter und andere grausame, unmenschliche oder erniedrigende Behandlung oder Strafe.</p>
-------------------------------------	---	---

-
- 1 Art. 2 Abs. 3 abgeändert durch [LGBL 2025 Nr. 467](#).
-
- 2 Art. 2 Abs. 4 abgeändert durch [LGBL 2025 Nr. 467](#).
-
- 3 Art. 2 Abs. 5 abgeändert durch [LGBL 2025 Nr. 467](#).
-
- 4 Art. 2 Abs. 6 eingefügt durch [LGBL 2025 Nr. 467](#).
-
- 5 Art. 2 Abs. 7 eingefügt durch [LGBL 2025 Nr. 467](#).
-
- 6 Art. 2 Abs. 8 eingefügt durch [LGBL 2025 Nr. 467](#).
-
- 7 Art. 4 Abs. 2 eingefügt durch [LGBL 2025 Nr. 467](#).
-
- 8 Art. 6 abgeändert durch [LGBL 2025 Nr. 467](#).
-
- 9 Anhang abgeändert durch [LGBL 2025 Nr. 290](#), [LGBL 2025 Nr. 296](#), [LGBL 2025 Nr. 363](#), [LGBL 2025 Nr. 467](#), [LGBL 2025 Nr. 543](#), [LGBL 2025 Nr. 612](#), [LGBL 2026 Nr. 65](#) und [LGBL 2026 Nr. 184](#).